

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Lillengasse Nr. 12

Insertionspreis pro dreispaltige Petitzeile 30 Pfg., für Mitgliedskarten 20 Pfg.

Der Zweigverband Mitteldeutschland der Bäckerinnungen.

Am 18. und 19. August wurde in Gießen der 14. Verbandstag des Zweigverbandes Mitteldeutschland der Bäckerinnungen abgehalten, worüber jetzt in den Innungsorganen die ausführlichen Berichte erscheinen. Wir sind ja in der Regel nicht in der Lage, allen Untertagungen der Zweigverbände gar zu viel Raum zu widmen, und früher war die Wiedergabe der dort zu Tage geförderten Weisheiten auch zu einem guten Teile nur zu Faschingszeiten angebracht; aber in den letzten Jahren haben auch die Bädermeister mehr und mehr gelernt, ihre Interessen in etwas geschickteren Formen zu vertreten, und wir sehen ja nun, wie sehr Regierungen und Behörden den Zusammenkünften der Herren große Aufmerksamkeit und Gehör schenken. Deshalb haben unsere Kollegen ebenfalls Ursache, fleißiger als sonst alle Kongresse usw. der Meister zu beachten, und wenn auch die Verhandlungspunkte dort reichlich wiedergefäut werden, so wird oft schon die Kenntnis der Stellungnahme der führenden Lokalgrößen zu den diversen Fragen uns mindestens bei allen Agitationsarbeiten mancherlei Nutzen bringen. Dem Zweigverbande für Mitteldeutschland gehören nach dem Vorstandsberichte heute 28 Innungen mit circa 1700 Mitgliedern an. Aus den Mitteilungen des Vorsitzenden wollen wir außerdem noch anführen, daß im Mai 1908 der Herausgeber der „Deutschen Bäcker- und Konditorengelhilfezeitung“ in Berlin — gemeint ist der inzwischen depostierte Wilhelm Hartman — um Abonnements auf seine Zeitung bat, „worüber der Vorsitzende mit dem Zentralvorstand sowie einigen Zweigverbandsvorsitzenden korrespondierte und empfahl, dieser Bitte, soweit tunlich, zu entsprechen.“ Was aber Hartmann auch nicht viel genützt hat. Ferner ersuchte in demselben Monat der Zentralvorstand in Berlin um Zusendung von Abschriften der in andern Städten bestehenden Tarifverträge, die vom Vorsitzenden eingesandt wurden. Wahrscheinlich hat die Berliner Innungsleitung die Absicht, die Frage der Tarifverträge jetzt ernstlich zu studieren. Bis zur Stunde merkt man freilich nicht, daß sie etwas gelernt hat.

Aus dem Kassenbericht erhellt aufs neue die Tatsache, daß die Innungen sich nicht scheuen, in völlig gesetzwidriger Weise ihre Gelder anzulegen. In den Ausgaben figuriert nämlich der Posten: Für gekaufte zehn Schuldscheine „Deutscher Bäcker- und Konditorgehilfe“, à M 20 = M 200! Und lächerlicherweise sind diese M 200 dann auch wieder im Vermögen des Verbandes aufgeführt — sie erscheinen hinter dem Posten „Deutsche Reichsanleihe“ und „Preussische Konsols“. Wirklich köstlich! Das Deutsche Reich hat zwar auch gerade genug Schuldscheine im Umlauf, aber etwas sicherer sind sie denn doch noch, als die gelben Papierwische. Es kennzeichnet die Innungsmitglieder, daß sie es ruhig dulden, wenn M 200 auf diese Weise zum Fenster hinausgeworfen werden. Denn in Wirklichkeit ist es weiter nichts!

Natürlich durfte auf der Tagesordnung auch der Punkt: „Arbeiterschutzbund und Gesellenbewegung“ nicht fehlen. Der jetzt etwas amtsmüde Obermeister von Frankfurt a. M., Herr August Drißler, begann mit der Bemerkung: „Wenn ich Ihnen über das alte, aber doch immer aktuelle Thema „Arbeiterschutzbund“ heute referieren soll, so kann ich viel Neues nicht berichten.“ Und er hielt in dieser Beziehung Wort! Außer der Angabe, daß der Schutzbund gegenüber 60 000 im Germaniaverband befindlichen Meistern nur rund 5000 Mitglieder mit über 15 000 Gesellen in 50 Ortsgruppen umfasse, und daß der Beitrag für die kleinen Arbeitgeber, um

sie mehr heranzulocken, heruntergesetzt worden sei, wußte er und die nachfolgenden Redner nichts Wesentliches zu sagen. Ueber bisherige Leistungen des Schutzbundes konnte ja noch nichts berichtet werden, und hinter den Worten des Vorsitzenden Binger: „denn es ist eine große Annehmlichkeit, wenn eine Innung, die dem Arbeiterschutzbund angehört und durch einen Streik oder eine Gesellenbewegung oder derartige Mißstände und Unfälle in Mitleidenschaft gezogen wird, wenigstens den Schaden, den sie erlitten hat, auf diese oder jene Weise vom Arbeiterschutzbund wieder zurückvergütet erhält;“ hinter diesen Worten stehen eben bisher noch keine realen Tatsachen. Hingegen machte man sich gegenseitig wieder vor der Gesellenbewegung gruselig, wobei natürlich manche ungewollte Anerkennung für unsere Organisation abfiel. Herr Drißler nannte den Verband eine geschlossene Organisation von circa 20 000 Mitgliedern in über 100 Mitgliedschaften, und Binger stellte später unsere Kampfrührigkeit in kein schlechtes Licht, als er meinte, sobald die geschäftlichen Verhältnisse wieder bessere werden, wissen die Meister nicht, wo die Bombe platzen und sie wieder in einen Streik und sonstige „Unannehmlichkeiten“ geraten würden.

Da soll er recht haben. Wenn nichts anderes, so zwingen schon die neuen Steuerbelastungen auch die Bädereigenen dazu, den Herren bald wieder einige „Unannehmlichkeiten“ zu bereiten.

Eine „Terrorismusgeschichte“ tißte noch Herr Gerbig-Darmstadt auf; sie soll sich in Frankfurt a. M. zugetragen haben. „Es wurde einem Meister“ — so erzählte er, „der einen Gesellen entlassen wollte, von der sozialdemokratischen Parteileitung erklärt: „Höre du, du mußt den Gesellen behalten, sonst erscheint der erste Geselle nicht mehr. Der Arbeitsnachweis liegt in der Hand der Gehilfen und durch diesen Terrorismus konnten sie ihre Absicht durchsetzen.“ So Herr Gerbig, der es sicher nicht erzählt hätte, wenn er es nicht ganz genau wüßte.

Man gab sich also redliche Mühe, für den Arbeiterschutzbund zu werben, und wir zweifeln ja nicht, daß man auch einigen Erfolg hatte. Wenn die Herren aber glauben — wie sie auch anführten — daß schon das Bestehen des Schutzbundes an sich die Gesellen „dem Frieden geneigter“ machen werde, so dürften sie sich täuschen.

Einen breiten Raum der Erörterungen nahmen wieder die Bädereiverordnung und ihre Folgen ein, über welche Bilfinger-Cassel ein langes Referat hielt. Er zerlegte es in drei Teile: 1. die Ursache dieser Verordnung, 2. die Folgen dieser Verordnung und 3. die Mittel, um diese Verordnung in eine mildere Form umzuwandeln. Man muß ihm zugeben, daß er kräftig gegen die verhasste Verordnung einzuhauen verstand. Die Minimalvorschriften für die Betriebsräume haben die Herrschaften fast in noch größere Erregung versetzt, als seinerzeit der „Magi“, und man will nicht eher ruhen, bis die Regierung wenigstens die rückwirkende Kraft derselben wieder aufgehoben hat und dann auch die schlimmsten Folterkammern der Bädereiarbeiter in ihrem Fortbestehen nicht gefährdet sind. Die erteilten Dispensbewilligungen auf lange Jahre hinaus genügen ihnen noch keineswegs. Der Referent brachte eine Reihe Beispiele, in welche schreckliche Lage verschiedene Meister jetzt schon versetzt wurden — unter andern einer in Berlin, 88 Jahre alt, 54 Jahre lang selbständig und nun — „sub jure“ (!) in dem Augenblicke, wo er seine Räume schließen muß!!!“ Ferner machte er die sonderbare Behauptung: „Ich glaube, niemand in der Welt kann nachweisen, daß ein Raum von 2,50 m Höhe in gesundheitlicher Beziehung besser ist als ein Raum von 2,40 m Höhe.“

Was soll man dazu sagen? Die Beispiele zeigen wohl zur Genüge, wie die Farben aufgetragen worden

sind. Nach Begründung einer Resolution, die dann einstimmig angenommen wurde, rief der Referent zum Schlusse den „lieben Kollegen“ zu: „Vor allen Dingen aber verpflichten Sie die Abgeordneten bei jeder Gelegenheit, die sich bietet, nicht nur in schönen Worten Versprechungen zu machen, sondern diese Versprechungen auch in die Tat umzusetzen. Wenn wir stets darauf sehen würden, von den Abgeordneten Taten zu verlangen, dann würde sich bei den Wahlen manchmal ein anderes Bild ergeben. Und wenn die Abgeordneten und die Regierung uns nicht entgegenkommen wollen, nun, wie wäre es dann, wenn wir bei den nächsten Wahlen einmal Gewehr bei Fuß kommandieren würden! Wenn wir von der Regierung keine Hilfe bekommen, dann braucht sie auch keine von uns.“

Da hat man's ja wieder: Mit Gott für König und Vaterland, solange man nicht in die Betriebsangelegenheiten hineinredet!

In der Diskussion hatte der Vorsitzende des Germaniaverbandes, Bernard-Berlin, die oberste Innungsleitung gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß sie zu spät gegen die Verordnung Lärm geschlagen und Schritte gegen sie unternommen habe. Bernard konnte aber bis aufs kleinste nachweisen, wie eifrig man schon seit den ersten Anzeichen gegen sie konspirierte und in den Ministerien herumgetrieben war, um ihr Erscheinen zu hintertreiben. Seine Ausführungen zu diesem Punkte sind so interessant, daß wir sie etwas ausführlicher wiedergeben wollen. Er sagte: „Nicht seit 1902, sondern sogar seit 1900 ist diese Verordnung in Vorbereitung gewesen. Wir bekamen von auswärtig Nachricht, daß eine solche Verordnung in Vorbereitung ist und der geschäftsführende Vorstand hat sofort Veranlassung genommen, im Reichsamt des Innern bei den betreffenden Herren Geheimräten vorstellig zu werden. Wir haben auf die Gefahren und auf das Unausführbare dieser Verordnung, wie sie uns damals im Wortlaut vorlag, aufmerksam gemacht. Infolgedessen ruhte die weitere Behandlung des Gegenstandes bis 1903. In diesem Jahre bekamen wir wieder Nachricht von auswärtig, daß man ernstlich daran gehe, diese Verordnung in die Wege zu leiten. Wir sind auch da wieder vorstellig geworden, wir waren auch bei dem Herrn Staatssekretär des Innern und haben alles Erdenkliche getan, wir haben Eingaben dagegen eingereicht und haben auf die Unausführbarkeit und die Ungerechtigkeit der Verordnung aufmerksam gemacht. Es hat nichts genützt, man ist mit der Verordnung vorwärts gegangen. Weil wir dann aber wieder einige Zeit nichts hörten, bin ich mit Dr. Westphal und meinem Stellvertreter Milleville nach dem Reichsamt gegangen und habe nach der Verordnung gefragt. Da wurde uns von dem Geheimrat Springer die Mitteilung gemacht, eine Bundesratsverordnung in demselben Sinne wie 1896 werde nicht erlassen, es werde eine Verordnung an die Bundesregierungen ergehen, unter die nicht heruntergegangen werden soll. Na, ich dachte, damit sind wir nicht besser daran; eine Regierung wird die Sache schärfer handhaben und die andre milder. Wir haben auch darauf hingewiesen, daß nach § 120 d der Reichsgewerbeordnung die Verordnung keine rückwirkende Kraft haben dürfe. Es hat aber alles nichts genützt, die Verordnungen sind nach und nach von den einzelnen Regierungen erlassen worden, und über die Maßnahmen und über die Einwirkungen hat der Herr Referent genügend berichtet. Wir haben dann in diesem Frühjahr eine Audienz beim Handelsminister nachgesucht, wir wurden geladen, und es nahmen an der Konferenz teil außer uns der Handelsminister Erzellenz Delbrück, der Unter-

Staatssekretär Richter und der Geheimrat Frieder. Wir haben aufs dringendste ersucht, der Verordnung keine rückwirkende Kraft zu geben, wir haben auf die schweren Schädigungen aufmerksam gemacht, wir haben darüber geklagt, daß man unsern vielen Kollektivbeiträgen, die wir an den Bundesrat, an den Reichstag und an die Ministerien gerichtet haben, daß man diesen nach den Ausführungen des Herrn Ministers so wenig Wert beilegte. Wir haben gesagt, wenn wir 60 000 Mitglieder vertreten, so muß die Eingabe einen Wert haben, die ganze Kollegenchaft stehe hinter uns. Der Minister sagte uns dann, wir müßten Spezialfälle ihm angeben. Diese Fälle wurden besorgt, wir haben von Berlin allein von 1400 Bäckereien die Verhältnisse geschildert; von diesen 1400 haben wir 75 der kräftigsten Fälle vorgeführt und so alles getan, was wir konnten. Wir hatten aber noch. Nachdem der Minister Delbrück und der Unterstaatssekretär Richter in wohlwollendster Weise Zusagen gemacht hatten — der Minister sagte, wegen eines Zolls, den eine Bäckerei niedriger sei, soll kein Bäckerei geschlossen werden, auch soll die technische Kommission die Sache nicht ohne Zuziehung von Kollegen prüfen — jetzt, nachdem wir die wohlwollenden Erklärungen bekommen haben — nicht die gewünschte Erklärung haben wir erhalten, daß die rückwirkende Kraft aufgehoben werden soll, aber es soll in der wohlwollendsten Weise gehandhabt werden — wo wir glaubten, wir haben diese milde Behandlung zu gewärtigen, ist der Ministerwechsel eingetreten. Delbrück ist Staatssekretär des Innern geworden und hat den Unterstaatssekretär Richter mitgenommen, und der uns nicht sehr wohlwollende Geheimrat Frieder ist geblieben. Den neuen Handelsminister Sydow kennen wir noch nicht. Wir werden aber nicht ruhen, und wenn irgend ein Kollege glaubt, der geschäftsführende Vorstand habe etwas vernachlässigt, so ist das ein Irrtum. Der Kollege, der das aussprach, hat die Sache nicht verfolgt, sonst hätte er das nicht sagen können. Mehr konnten wir nicht tun, als unsre Schuldigkeit.

Auf diese Art machen also unsre Innungen in Politik, und wenn sie nicht immer vollen Erfolg haben, so nur deshalb, weil die Regierung wohl oder übel unter dem Drucke der organisierten Arbeiterschaft die sozialpolitischen und hygienischen Forderungen der Gegenwart nicht ganz unbeachtet lassen darf. Man sieht aber auch aus Bernhards Darstellungen aufs neue, daß in alle Entwürfe erst die Unternehmer die Nase hineinstecken dürfen!

Als dritten Punkt, der uns noch besonders interessiert, haben die Herren noch die Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft behandelt. Hierzu referierte wieder Herr Drixler-Frankfurt a. M., und er berichtete daß von 11 370 Betrieben der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft 5351 Bäckereien sind. Den Bemühungen des Brotfabrikanten Joachim-Leipzig im Vorstande sei es gelungen, die Bäckereien aus der fünfzehnten Gefahrenklasse in die zehnte zu versetzen, so daß die Beiträge um ein Drittel gefallen wären! Trotzdem hielt Drixler einen Brotfabrikanten gerade nicht für einen geeigneten Vertreter der Meister und eine starke Vertretung im Vorstande hätten diese unter allen Umständen anzustreben. „Es sei sogar im Auge zu behalten“ — sagte er — „ob wir nicht für unsre Betriebe, in denen heute die Gefahrenziffer eine recht geringe geworden ist, eine eigene Berufsgenossenschaft anstreben sollen, ähnlich wie bei dem Fleischergerwerbe.“

Bernard mußte den Referenten belehren, daß seit der diesjährigen Genossenschaftsversammlung in Danzig die Bäckermeister so stark im Vorstand vertreten sind, wie überhaupt angängig, nämlich mit zwei Vorstandsmitgliedern und zwei Stellvertretern. Dann wandte er sich recht entschieden gegen den Vorschlag auf Gründung einer besonderen Berufsgenossenschaft für den Bäckerberuf, weil dann für die etwa 5000 versicherungspflichtigen Betriebe auch die andern 50 000 Mitglieder des Germaniabandes mit zu zahlen hätten.

Drixler trat Bernard noch einmal entgegen, indem er die versicherungspflichtigen Bäckereien auf 10 000 schätzte; allen andern wäre aber gleichfalls zu empfehlen, sich zu versichern. Beschlüsse zu seiner Anregung wurden jedoch nicht gefaßt; der Vorstehende versprach nur, daß der Vorstand des „Germaniabandes“ sein Augenmerk auch auf diesen Punkt richten werde.

Ausgeschlossen ist also nicht, daß die Bäckermeister ihre sozialen Verpflichtungen auch dadurch zu verringern suchen, daß sie eine eigene Berufsgenossenschaft ins Leben rufen!

Ein Punkt von großem Allgemeininteresse wurde noch behandelt, und zwar: Der Zusammenschluß der Innungsfrankenkassen, bei welcher Gelegenheit der Syndikus Engelbach-Darmstadt einen Vortrag über die Reichsversicherungsgesetzgebung hielt. Die Quintessenz seiner natürlich mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen kam in folgender Resolution zum Ausdruck:

„Der Zweigverband Mitteldeutschland des Bäcker-Innungsverbandes „Germania“ erkennt zwar mit Genugtuung an, daß der vorliegende Entwurf einer Reichsversicherungsgesetzgebung versucht, einer Anzahl von Wünschen des selbständigen Handwerks gerecht zu werden, ist aber

wegen der erheblichen Mehrbelastung des Arbeitgeberstandes der Ansicht, daß er nicht geeignet ist, in der vorliegenden Form zum Gesetz erhoben zu werden.“

Das in der Reichsversicherungsgesetzgebung gezeigte Entgegenkommen der Regierung auf die rückständigen Wünsche der Innungen genügt den Herren demnach noch keineswegs, sondern der erheblichen Mehrbelastungen halber, die der Entwurf für die Verwaltung des gesamten Versicherungswesens in Aussicht stellt, nehmen auch sie gegen denselben Stellung. Sie wollen von den allgemeinen Kosten möglichst gänzlich verschont bleiben. Und da sie in ihren Innungskassen bisher völlig ungenutzt wirtschaften können, so sehnen sie sich nicht nach Aenderung, sondern suchen das, was sie haben, jetzt auf alle Art zu fördern und erwidern die Gründung eines selbständigen Verbandes deutscher Innungsfrankenkassen, wodurch man die Gesellen in noch bessere Kontrolle zu bekommen hofft.

Die andern Punkte boten nichts Besonderes. Wir denken auch, daß im Angeführten wieder genug Stoff zur Beurteilung geboten ist, wie die Meister ihre Interessen vertreten. Mögen auch unsre Kollegen noch eifriger als bisher am Ausbau ihrer Organisation wirken, damit sie allen Anschlägen von jener Seite entgegentreten kann.

Zum 25 jährigen Bestehen unsres Verbandes (5. Juni 1910)

wird vom Vorstande die

Geschichte

der

Deutschen Bäcker- und Konditorbewegung

herausgegeben. Das Werk erscheint in zwei Bänden im Umfang von 395 und 515 Seiten, in gutem, mit Golddruck verzierten Leinwandband gebunden, und kostet im Buchhandel M. 6 (à Band M. 3).

Auf Beschluß des Vorstandes erhalten die Verbandsmitglieder das Werk zu einem Drittel des Selbstkostenpreises, nämlich für M. 2 (à Band M. 1). Wir ersuchen unsre Mitglieder, die sich dieses Werk zulegen wollen, bis spätestens 1. Dezember d. J. ihre Bestellung bei dem Vorstand ihrer Zahlstelle (Einzelmitglieder direkt beim Vorstand) einreichen zu wollen. Die Versendung erfolgt nach den Bestellungen anfangs Januar 1910 an die Vorstände der Zahlstellen, wobei das Porto von der Hauptverwaltung getragen wird. Bei späteren Nachbestellungen jedoch haben die Besteller das Porto (pro Exemplar 50 $\frac{1}{2}$) selbst zu tragen.

Wir hoffen, daß unsre Mitglieder das größte Interesse diesem Werk entgegenbringen und dasselbe in ihren Reihen zahlreiche Abnehmer finden wird. Um es fertigzustellen, ist Jahre hindurch eine recht mühsame Sammelarbeit vorgenommen worden, und wir glauben, in diesem Werk unsern Mitgliedern ein getreues Spiegelbild der Entwicklung unsres Gewerbes wie der Arbeiterbewegung in unserm Berufe zusammengetragen zu haben.

Nachfolgend veröffentlichen wir das Inhaltsverzeichnis der beiden Bände, um den Mitgliedern zu zeigen, welchen Inhalt dieses Werk hat:

I. Band.

Vorwort zum I. Band. Literatur- und Quellenangabe.

I. Teil. Die Herstellung von Mehl und Brot in den ältesten Zeiten bis zu der Periode, wo das Brotpaden bereits Aufgabe eines bestimmten Handwerks ist. Vom Brot der alten Kulturvölker. Die Frauen verrichten in alter Zeit die Arbeit des Brotpadens. Bäckerei und Müllerei bei den Germanen von der Zeit Karls des Großen bis zur Gründung der Städte.

II. Teil. Das Bäckergewerbe im Mittelalter bis in die neueste Zeit. Zünfte und Zunftgebräuche. Vom Ackerbau, Getreidehandel und den Teurungen im Mittelalter. Der Getreidemarkt im Mittelalter. Das Bäckergewerbe und die Gestaltung der Zunft vom ersten Beginn des städtischen Verkehrs. Brottage und Probepaden. Von der Brotschau. Vom Brotmarkt und den Brotbänken. Von den Backöfen, der Backzeit und dem Backquantum. Die Hausbäckerei. Das Schließen der Innungen. Behördliche Strafbestimmungen gegen die Bäcker. Das Lehrlingswesen bei der Bäckerzunft. Das Meisterstück. Sonstige Einrichtungen und Gebräuche der Bäckerzunft. Von der Geldentat der Münchner Bäckernechte in der Schlacht bei Mühlbach und Ampfing. Von der Mordnacht in Zürich. Die Belagerung von Wien durch die Türken. Das Fahnenstücken der Bäckergefallen. Von der Schwedenfahne der Bäckerinnung zu Leipzig.

III. Teil. Geschichte des Bäckerhandwerks in einzelnen Städten. Das Bäckerhandwerk in Berlin. Die Meister- und Gesellenorganisation in Frankfurt a. M. Von der Bäckerzunft im alten Köln. Das Bäckergewerbe in der Stadt Leipzig. Aus der Geschichte der Bäckerinnung zu Meissen. Vom Bäckergewerbe in München.

Anhang zum II. und III. Teil. Verordnungen der Behörden und Zunftordnungen. Das Augsburger Stadtrecht von 1276. Aus einer Nürnberger Verordnung. Die Mainzer Bäckerordnung von 1422. Württembergische Bäckerordnung. Bäckerordnung für Landsberg 1680. Zunftgesetze von Eisenach von 1685, 1735 und 1838. Zunftordnung in der Rheingrafschaft Dhaun zu Hausen 1739. Backrezepte aus dem siebzehnten Jahrhundert.

IV. Teil. Die Lebzelter, Lebküchler, Honigkuchler, Pastetenbäcker, Zuckerbäcker und Konditoren. Die Konditorei unsrer Vorfahren. Der Pastetenbäcker. Der Lebküchler. Der Zuckerbäcker. Aus der alten Zunft der Konditoren und Lebküchler zu München bis 1842. Die Entwicklung der Konditoreien Münchens von 1842 bis 1895.

V. Teil. Das Gesellenleben von der Bildung der Zünfte bis in die neuere Zeit. Bäckerrecht — Bäckergefell. Der große Streit der Colmarer Bäckernechte.

Schlußbetrachtung zum I. Band.

II. Band.

Vorwort zum II. Band.

VII. Teil. Die Vorläufer des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Bruderschaften, Krankenkassen, Fachvereine). Die Bäckergefallen im Sturm- und Drangjahr 1848. Bruderschaft und Krankenkasse in Altona. Bruderschaften, Krankenkassen und Fachverein in Hamburg. Die letzten Jahre der Bruderschaft in Harburg. Die Berliner Bäckerbewegung. Geschichte der Dresdener modernen Bäckerbewegung. Die Bruderschaft in Elbing. Bäckergefellverein „Germania“ in Gotha. Notizen über die Kölner Bäckerbewegung. Verein der Bäckergefallen von Leipzig. Die Bäckerbewegung in München.

VIII. Teil. Der Verband der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands von seiner Errichtung im Jahre 1885 bis zu seiner Reorganisation im Jahre 1895. Die Gründung des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands. Der Lohnkampf in Barmen. Der Streit in Hamburg-Altona. Die ersten Jahre der Mitgliedschaft Frankfurt a. M. Die Gründung der Mitgliedschaft Kiel. Zur Gründung der Mitgliedschaft Lübeck. Die Mitgliedschaft Lüneburg. Unsre früheren Organisationsverhältnisse in Kostock. Erste Generalversammlung 1887 in Frankfurt a. M. Petition an den Reichstag. Produktivgenossenschaften. Einführung von Extrabeiträgen und Streikreglement in Hamburg. Abrechnung des Verbandes 1887/88. Kongreß und Verbandstag 1889 in Berlin. Die Lohnbewegungen und Streiks 1889. Die Geschäftsleitung der Bäckergefallen Deutschlands. Die fernere Agitation für Sonntagsruhe und Maximalarbeitszeit. Sonstige bedeutende Vorgänge von 1892 bis 1894. Die finanziellen Unregelmäßigkeiten 1893 und 1894. Die Kassenverhältnisse des Verbandes von der Gründung bis 1. April 1895.

IX. Teil. Der Verband der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands vom 1. April 1895 bis 1. Juli 1907 (Verschmelzung). Die Geschäftsperiode bis zum Verbandstag in Gera 1897. Die Geschäftsperiode bis zum Verbandstag in München 1899. Die Geschäftsperiode bis zum Verbandstag in Mainz 1901. Die Geschäftsperiode bis zum Verbandstag in Dresden 1903. Die Geschäftsperiode bis zum Verbandstag in Hamburg 1905. Die Lohnkämpfe der Jahre 1905 bis 1908. Die Geschichte des Tarifs mit den Konsumvereinen. Die materiellen Erfolge bei den Lohnbewegungen und Streiks. Die Mitgliederzahl und die Zahl der Neuaufnahmen. Die Kassenverhältnisse des Verbandes von 1895 bis 1908.

X. Teil. Die Gesellen und Arbeiter in Konditoreien, Lebz- und Honigkuchensfabriken. Die Hilfsvereine in München. Die Gründung des Lokalvereins München. Die Entwicklung der Organisation in Nürnberg.

XI. Teil. Der Zentralverband der Konditoren, Lebz- und Pfefferkuchler von seiner Gründung bis 1. Juli 1907. Die Gründung des Zentralverbandes am 1. Oktober 1891. Die Wirksamkeit bis zum Jahre 1899. Der Verbandstag 1902 in Berlin. Der Verbandstag 1904 in Dresden. Der letzte Verbandstag 1906 in Hamburg.

XII. Teil. Der Zusammenschluß der Bäcker- und Konditorenverbände am 1. Juli 1907 und das Wirken des gemeinsamen Verbandes 1907/08. Der Zusammenschluß am 1. Juli 1907. Der Verbandstag 1907 in Cassel. Die Erfahrungen seit der Verschmelzung.

XIII. Teil. Geschichte der „Deutschen Bäcker- und Konditoren-Zeitung“ und ihrer Vorläufer. Schlußwort zum II. Band.

Gegen den Jubiläumsschwindel mit der Arbeiterversicherung.

Durch die bürgerliche Presse gehen jetzt langstielige Artikel, die unter Hinweis darauf, daß die obligatorische Krankenversicherung bereits länger als 25 Jahre besteht und die Unfallversicherung in nächsten Jahre eine 25jährige Wirksamkeit erreicht, mit möglichst viel Zahlen den Segen unserer Arbeiterversicherung preisen. Dabei wird auch mitgeteilt, daß die Herren der Berufsvereinigungen große Festschreiben für das nächste Jahr vorbereiten und Festschriften herauszugeben gedenken. Das Ende vom Liede ist der Appell an die „Weisheit der Gesetzgeber“, bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung ja nicht die Alleinherrschaft der Unternehmer in den Berufsvereinigungen anzutasten, da sie sich so herrlich bewährt haben.

Auf die großen Zahlen, mit denen die Wittelschreiber den Arbeitern eine Komödie vorkommen, wollen wir nicht eingehen, weil sie schließlich doch eine ganz andere Wirkung auf die Arbeiter ausüben, als die Komödianten beabsichtigen. Wenn ein denkender Arbeiter liest, wie viele Hunderte, ja Tausende von Millionen Mark die Krankenkassen, die Berufsvereinigungen der Unfallversicherungen und die Landesversicherungsanstalten der Invalidentversicherung im Laufe der Jahre für die Kranken, verunglückten oder invaliden Arbeiter ausgegeben haben, dann wird er sich selbst, auch ohne daß wir ihm alle hier in Betracht kommenden Zahlen vorführen, daran erinnern, wie groß in dieser langen Zeit die Zahl der Kranken, verunglückten oder invaliden Arbeiter war, in wieviel Arbeiterfamilien die Krankheitsfälle, Unfälle und Fälle von Invalidentät unsäglichen Unglück gebracht, wieviel Menschenglück und Lebensfreude sie zerstört, wie vielen Hilflosen sie ihren Ernährer, wie vielen Frauen sie ihren Gatten und wie vielen Kindern sie ihren Erzieher entzogen haben — und wie ungenügend demgegenüber in den einzelnen Fällen die Entschädigungen durch die Arbeiterversicherungen sind. Wenn, um nur einen Beleg herauszugreifen, in den Jubiläumskartellartikeln erzählt wird, daß die Unfallversicherung allein im Jahre 1907 als Entschädigung nicht weniger als 150 325 291,90 ausgezahlt hat, dann muß der denkende Arbeiter dazu hinzufügen, daß allein in dem einen Jahre nicht weniger als 662 901 Betriebsunfälle angemeldet worden sind, und daß in demselben Jahre durch die Unfälle mit tödlichem Ausgang nicht weniger als 6631 Witwen ihren Gatten, 13 520 Kinder ihren Vater und 371 erwerbsfähige Eltern ihren sie ernährenden Sohn verloren haben.

Selbst die schamlose Verdrängung der Tatsachen fehlt in den Jubiläumskartellartikeln der bürgerlichen Presse nicht, daß den Arbeitern vorgerechnet wird, wie viel tausend Millionen Mark sie aus der Arbeiterversicherung mehr herausgezahlt bekommen haben, als sie eingezahlt haben, gleichsam als ob diese Tausende von Millionen Mark ein gnädiges Geschenk der Arbeitgeber und des Staates an die Arbeiter wären. Glauben die Leute, die sich ein solches Spiel mit Zahlen und Worten erlauben, wirklich, daß sie damit auch nur einen einzigen denkenden Arbeiter täuschen? Geiztugend tritt die Bedeutung der Arbeiter für unser ganzes Wirtschaftsleben denn doch klar zutage und hat auch die Arbeiter darüber aufgeklärt, daß ohne die Arbeit des arbeitenden Volkes die herrschende Klasse ihre Ausbeutungswirtschaft gar nicht betreiben könnte, daß der Reichtum der herrschenden Klasse auf dem Profit besteht, den die herrschende Klasse aus der Arbeit des arbeitenden Volkes zieht, daß daher alles, was die herrschende Klasse zur Durchführung der Arbeiterversicherungen beisteuert, alles, was die Arbeitgeber für die Kranken-, Unfall- und Invalidentversicherung leisten, alles was der Staat dafür zuzuschießt, in letzter Linie der Arbeit des arbeitenden Volkes zu verdanken ist. Wenn die Arbeiter in den Jubiläumskartellartikeln lesen, wie viele Milliarden Mark die Unternehmer an die Arbeiterversicherung abgeliefert haben, da muß es sie mit Erbitterung erfüllen, daß sie für ihre schwere Arbeit nicht einmal soviel bekommen, um selbst die Fürsorge für die Zeit ihrer Erwerbsunfähigkeit treffen zu können, daß sie „unterstützt“ werden müssen durch einen Teil der Beute von dem Ertrage der gemeinsamen Arbeit, die die herrschende Klasse an sich gerissen hat. Sie werden sich aber auch denken können, welche Riesensummen der übrige Teil dieser Beute, den die herrschende Klasse für sich behält, erreicht, welche ungeheuren Reichtümer die herrschende Klasse auf Kosten des arbeitenden Volkes aufgehäuft haben.

Und dann erst der Schlusssatz der Jubiläumskartellartikeln: die Maßnahme, nur alles — wenigstens bei den Berufsvereinigungen — hübsch wie bisher zu lassen. Die arbeitserfindliche Praxis der Berufsvereinigungen, die rücksichtslose Behandlung armer verunglückter Arbeiter, die — Kunst, mit der so manche Berufsvereinigungen sich von der Verpflichtung, eine Rente zu zahlen, freizumachen sucht, das haben im Laufe der Jahre nur zu viele Arbeiter aus eigener Erfahrung kennen gelernt. Die arbeitserfindliche Praxis der Berufsvereinigungen ist denn auch unter den Arbeitern so berüchtigt, daß hier alle Verhütungsmittel versagen. Jedes Wort zum Lobe und Preis der „legendären“ Tätigkeit der Berufsvereinigungen empfinden die Arbeiter als die denkbar schamloseste Verhöhnung. Dazu kommt die Tatsache, daß dieselben Leute, die sich so sehr für die unbeschränkte Herrschaft der Arbeitgeber in den Berufsvereinigungen ins Zeug legen, in der verlogenen Weise gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen hegen. Und das, obgleich gerade die von den Arbeitern selbst verwalteten Krankenkassen den Bedürfnissen der Arbeiter noch am meisten gerecht geworden sind.

So kündigen die Jubiläumskartellartikeln den Arbeitern an — und das ist der eigentliche Zweck des Vörms —, daß bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung die arbeitserfindliche Praxis weiter und weiter ausgedehnt werden wird, wenn es nach dem guten Herzen der „maßgebenden“ Arbeitgeber kommt. Glücklicherweise ist aber die Zeit vorbei, da diese Herren bei derartigen Aktionen allein maßgebend waren. Heute ist die Arbeiterbewegung soweit erstarkt, daß auch mit ihr die Gesetzgeber rechnen müssen, das um so mehr, je vollzähliger und taftkräftiger die Arbeiter hinter ihren Vertretern im Reichstage stehen.

Hoffentlich wirken die Jubiläumskartellartikeln der bürgerlichen Presse so, wie sie es verdienen, als Alarmartikel für die Arbeiter. Selbst den letzten Arbeiter müßten sie aufschrecken. Unsere Parteigenossen aber müssen sie zu einer um so eifrigeren Agitation anspornen, damit der Kampf für die von unserm Parteitag in Leipzig aufgestellten Forderungen ein gemeinsamer Kampf der gesamten Arbeiterchaft wird. Dann wird das Ergebnis der bevorstehenden Reform unserer Arbeiterversicherung ganz anders sein, als es die Jubiläumsherrn erwarten.

Nieder mit dem Alkoholtensel Schnaps!

Der Breslauer „Volkswacht“ ist das Protokoll der 57. Generalversammlung des Verbandes deutscher Spiritusfabrikanten, abgehalten am 26. Februar 1909 im „Rheingold“, dem größten Weinstal in Berlin, auf den Redaktionstisch geflogen. Unter den Teilnehmern befanden sich: 1 Erzherzog, 8 Grafen, 4 Freiherrn, 31 einfache adelige und eine große Anzahl bürgerlicher Schnapsbrenner. Die Regierung hatte als Gäste entsandt: Ministerialdirektor Dr. Thiel, Geh. Oberfinanzrat Voeden, Geh. Reg.-Rat Boenisch, Geh. Reg.-Rat Hay, Geh. Reg.-Rat Frhr. v. Falkenhäusen, Geh. Ober-Reg.-Rat Professor Dr. v. Berchla und Reg.-Rat Dr. Appel.

Geschäftsführer des Vereins ist der Geh. Regierungsrat Professor Dr. M. Delbrück. In seinem Bericht betonte er, daß der Verein angesichts der neuen Steuer bestrebt sein müsse, den Schnapsstempel zu fördern. Der Abstinenzbewegung müsse mit aller Schärfe entgegengetreten werden; denn der Konsum an Trinbranntwein sei erheblich gesunken. Die Schnapsbrenner wollen international (!) gegen die Abstinenzleute vorgehen durch Errichtung einer ernährungsphysiologischen Abteilung unter Leitung des Privatdozenten an der landwirtschaftlichen Hochschule, Herrn Dr. Voelk. In diesem Laboratorium, für das jährlich M 20 000 zur Verfügung stehen, sollen alle die Alkoholfrage betreffenden Untersuchungen ausgeführt werden können. Alles was in der Literatur, an Experimenten und Behauptungen auftritt, soll auf seine Richtigkeit untersucht werden. Herr Dr. Voelk wird noch ein Mediziner und ein Chemiker als Assistent zur Seite stehen. Der Vorstand und Ausschuss haben deshalb beschlossen, für die Herstellung von Trinbranntwein und Likören eine besondere Abteilung einzurichten. In dieser Abteilung sollen auch die alkoholfreien Getränke beobachtet werden. Die Abstinenz geht so vor, daß sie überall Alkoholfreiheit verlangt; aber das Trinbedürfnis der Bevölkerung wird durch die sogenannten alkoholfreien Getränke nicht befriedigt. „Ich weiß nicht“, führte Professor Delbrück aus, „ob Sie geneigt sind, einmal eine Kostprobe auf diesem Gebiete vorzunehmen. Dann gehen Sie, bitte, in eine alkoholfreie Schenke und versuchen Sie dort einmal Ihren Durst zu stillen. (Seiterteil.) Ich habe mit einigen Kollegen eine solche Probe gemacht. Wir hatten uns den Tag über auf einer Exkursion schon reichlich mit den uns genehmen Getränken versorgt und waren der Meinung, des abends müßten wir alkoholfrei leben. (Große Seiterteil.) Nun, in einer halben Stunde hatten wir die ganze Karte durchkostet und dann verließen wir mit Grausen das Lokal. (Große Seiterteil.)“

Nach ihm sprach der Reichstagsabgeordnete Hans Eder Herr zu Pulitz, der die Notlage der Schnapsbrenner schilderte. Mittergutsbesitzer Landrat v. Puttkamer-Dornow erblickte in der neuen Branntweinsteuer, die den Konsum verringern müsse, eine — Vermögenskonfiskation, die sich niemand gefallen läßt; selbst der Wurm kriecht sich, wenn er getreten wird. — Mittergutsbesitzer Foerster-Kontopp klagte:

„Je weniger getrunken wird, desto höher muß der Preis geschraubt werden, und je höher der Preis, desto weniger wird getrunken, und das Endergebnis wird sein, daß unser Gewerbe in Grund und Boden ruiniert wird.“ (Ein Ziel, aufs innigste zu wünschen!)

So haben die Schnapsbrenner schon im Monat Februar gemurmelt, ehe sie ahnen konnten, daß die Arbeiterchaft auf dem Leipziger Parteitag den Schnaps boykottieren werde. Wie verheerend der Schnapsboykott auf die Schnapsbrenner wirken wird, davon kann man sich nach diesen Klagen über den zu fürchtenden Konsumrückgang infolge der bloßen Steuererhöhung eine kleine Vorstellung machen. Die Lösung der Arbeiterchaft muß sein: Nun erst recht keinen Schnaps trinken! Damit trifft man die Junker dort, wo sie am empfindlichsten sind, nämlich am Geldbeutel.

Lohnbewegungen und Streiks.

Lohnarbeit mit der „Ersten Mannheimer Brotfabrik, Inhaber Hennig & Spriestersbach“, einerseits und dem Verband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, Bezirk Mannheim, andererseits.

1. Löhne. a) Sämtliche Löhne verstehen sich als Mindestlöhne und betragen dieselben: Für Schichtführer M 32, für Teigmacher M 30, für Ofenarbeiter M 29, für die übrigen Arbeiter M 28, vom Tage der Einstellung ab gerechnet. b) Ueberstunden werden pro Mann und Stunde mit 60 % vergütet. c) Ausbesser erhalten bei einer Dauer bis zu drei Tagen M 5 pro Schicht, bei längerer Dauer den jeweiligen Mindestlohn. d) Die Lohnzahlung geschieht wöchentlich und hat freitags zu erfolgen; falls dieser ein Feiertag ist, hat die Lohnzahlung am vorhergehenden Werktag zu erfolgen.

2. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit ist eine sechsstündige pro Woche und eine elfstündige pro Schicht. Während dieser elfstündigen Arbeitszeit hat jeder Arbeiter eine Pause von einer Stunde oder dreimal 20 Minuten zu erhalten.

Die Arbeitszeit dauert in der Regel für die Tagschicht von 7 bis 6 Uhr, für die Nachtschicht von 6 bis 5 Uhr.

Alle Arbeiten außer den sechs Schichten wöchentlich, sind pro Person und Stunde mit dem festgesetzten Ueberstundenlohn zu bezahlen. Alle 14 Tage hat der freie Tag auf einen Sonntag zu fallen.

3. Lösung des Arbeitsverhältnisses. Der Lösung des Arbeitsverhältnisses hat beiderseits eine vierzehntägige Kündigung vorauszugehen.

In den ersten acht Tagen wird ohne Kündigung gearbeitet.

4. Ferien. Jeder Arbeiter erhält in den Sommermonaten vom 1. Juni bis 1. Oktober nach einer Beschäftigungsdauer von einem Jahr drei Tage, nach zwei Jahren sieben Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes.

5. Kaffee und Freibrot. Das während der Arbeitszeit im Betriebe nötige Brot sowie der Kaffee werden in der bisherigen Weise weiter gewährt.

6. Arbeitsvermittlung. Bei Bedarf von Arbeits- und Hilfskräften sind dieselben ausschließlich durch Vermittlung des Deutschen Bäcker- und Konditorenverbandes, Mitgliedschaft Mannheim, zu beziehen. Maßnahmen sind zulässig, wenn nach Befragen der Mitgliedschaft von dieser keine geeignete Kräfte zugewiesen werden können.

7. Nicht erhebliche Zeitversäumnis. Der Lohn wird den Arbeitern weiter gezahlt, wenn sie durch einen in ihrer Person gelegenen Grund für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit an der Arbeit verhindert werden. Als nicht erhebliche Zeit werden nach einer Beschäftigungsdauer von einem Monat bis zu einem Jahr acht Tage, bei längerer Beschäftigungsdauer 14 Tage jährlich berechnet. Auf den Lohn für diese Tage kann jedoch Krankengeld oder ähnliche aus gesetzlicher Versicherung dem Arbeiter zustehende Unterstützung in Anrechnung gebracht werden.

8. Tarifvertrag. Vorstehende Abmachungen bilden einen Tarifvertrag und werden dem Gewerbegericht zur Kenntnis übermitteln. Derselbe tritt mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft und endet am 1. April 1911. Wird derselbe einen Monat vor Ablauf von keiner der Parteien gekündigt, so läuft er ein Jahr weiter und zwar solange, bis eine Kündigung erfolgt.

9. Schiedsgericht. Zur Schlichtung etwaiger aus dem Vertrage entstehender Streitigkeiten wird zunächst eine Kommission von drei Mann aus den Arbeitern des Betriebes gewählt, welche unter Hinzuziehung eines Vertreters des Verbandes der Bäcker und Konditoren die Streitigkeiten zu untersuchen und eventuell zu schlichten hat. Bringt die Kommission eine Einigung nicht zustande, dann hat in der betreffenden Streitfrage das Gewerbegericht als Einigungsamt zu entscheiden. Dem Schiedspruch des letzteren haben sich beide Parteien zu unterwerfen.

Mannheim, den 1. Oktober 1909.

Ges. für die Organisation:
J. A.: Hans Büttner, R. 314, 2. St.

Für die Arbeitgeber:
Erste Mannheimer Brotfabrik, Hennig & Spriestersbach.

Die Lohnbewegung in der Schokoladen- und Kaffee- fabrik von P. W. Gaedke, Hamburg-Eppendorf, mit teilweisem Erfolg beendet! Nachdem die letzte Betriebsversammlung den Arbeitersausschuss beauftragt hatte, nochmals vorstellig zu werden, um einige höhere Zugeständnisse zu erhalten, lehnte die Fabrikleitung zunächst weitere Verhandlungen ab, da sie vorher mit dem Aufsichtsrat der Gesellschaft in Verbindung treten müsse. Am 23. Oktober kündigte sie dann dem Ausschusse schriftlich an, daß höhere Bewilligungen zurzeit ausgeschlossen wären; insbesondere könne sie auf bestimmte Zulagen für das länger beschäftigte Personal sich nicht einlassen. Zum Ueberflus wurde gedroht, daß jeder, der eventuell in einen Streik eintrete, sich selbst verlassen zu betrachten habe. Eine am selben Tage stattgefundene Versammlung beschloß darauf, daß die Lokalverwaltung des Verbandes nunmehr doch noch direkt vorstellig werden solle, was auch am 25. Oktober geschah; in den Verhandlungen nahm noch der Vertreter des Metallarbeiterverbandes teil. Trotz längerer Aussprache konnte aber auch hier der Herr Direktor, der die beiden Verbandsbeamten absolut nur als Privatpersonen betrachtete, nicht zu dem Entschlusse kommen, wenigstens seine Verpflichtungen in bezug auf Lohnzulagen für die älteren Leute schriftlich festzulegen. Er erklärte aber ehrenwörtlich, daß unter Berücksichtigung der Beschäftigungsdauer und Leistung die in Aussicht gestellten Zulagen erfolgen würden. Die Befragung, die der Betrieb durch Bewilligung der höheren Anfangslöhne (wir haben die Sätze in letzter Nummer gebracht) auf sich genommen habe, betrage jährlich gegen M 18 000 und mehr könne zurzeit nicht gewährt werden, da die Konkurrenz keineswegs besser, sondern größtenteils schlechter zahle. Wenn die Organisation nachzuweisen in der Lage sei, daß sie auch in den Konkurrenzbetrieben bessere Lohnverhältnisse durchgesetzt habe, dann könne auch die Firma Gaedke an weitere Erhöhungen denken. Da der Vertreter der Metallarbeiter darauf hinweisen konnte, daß sein Verband mit der Organisation der Arbeitgeber bedeutend höhere Löhne tariflich festgelegt hat, versprach der Direktor, über diese ihm anscheinend neue Tatsache Erkundigungen einzuziehen zu wollen; die Firma werde dann eventuell auch zahlen.

Eine Versammlung am 26. Oktober, die auch von den Kolleginnen wiederum sehr stark besucht war, hatte sich mit diesem Stande der Dinge zu befassen. Nach eingehender Berichterstattung und längerer Debatte erklärte sie durch geheime Abstimmung, sich mit dem Erreichten zunächst abfinden zu wollen. Man erwartet, daß der Herr Direktor seine festen Versprechungen einhält. Alle Diskussionsredner, auch die weiblichen, gaben aber der Ueberzeugung Ausdruck, daß eine noch weitere Forderung nur durch die Organisation zu erkämpfen sein wird und versprachen deshalb, dieselbe nicht nur hochzuhalten, sondern sie in jeder Weise mustergerüstig auszubauen. Mit einem brausenenden dreifachen Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Internationales.

Internationales Sekretariat für Bäcker, Konditoren und verwandte Berufsgenossen.

Adresse:
O. Allmann, Hamburg 1, Besenbinderhof 57 (Gewerkschaftshaus).

Adressen der Landeszentralen:

Amerika. Otto E. Fischer, 212 Bush Temple, Chicago, Illinois.
Australien. D. Moon, Trades Hall, Sydney.
Belgien. J. Goossens, Gasmeterlaan 6, Gent.
Bosnien. Stojan Devic, Teresiagasse 11, Sarajevo.
Dänemark. (Bäcker.) Z. Friis, Raadmansgade 40, IV. Kopenhagen.
— (Zuckerwaren- und Schokoladenarbeiter.) P. G. Petersen, Ridehusgade 30, II., Odense.
Deutschland. O. Allmann, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57.
England. L. Tösch, 10 Lemann-Street, London E.

Frankreich. „L'Alimentation Ouvriere“ (Zeitung), Bourse Centrale du Travail, 8, rue du Chateau-d'Eau, Paris (Xe).

Italien. G. Agnolini, Via Crocifisso 15, Mailand.

Kroatien und Slavonien. M. Spitzreg, Zagreb (Agram), Ilica 55, I.

Niederlande. J. Goudsmit, 1e Jan van der Heijdenstraat 116, Amsterdam.

Norwegen. Jons Nygaard, Youngsgaden 13, III, Kristiania.

Oesterreich. (Bäcker.) Franz Silberer, Kandlgasse 12, Wien 7.
— (Zuckerbäcker.) M. Achaz, Gumpendorferstr. 89, Wien 6.

Schweden. Anders Sjöstedt, Upplandgatan 2, II, Stockholm.

Schweiz. Julius Habesreiter, Kapellenstr. 6, Bern.

Ungarn. Koloman Kardics, Rombach utza 6, Budapest.

Die organisierten Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen wollen sich bei Arbeitsangebot nach einem andern Lande an die Landeszentrale um Auskunft wenden, ob dem Antritt der Arbeit etwas im Wege steht und sie event. als Streikbrecher benutzt werden sollen. Auch über die ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wolle man sich erkundigen, damit nicht Kollegen in ein andres Land gelockt werden, um als Lohndrücker unter den ortsüblichen Bedingungen arbeiten zu müssen.

Das Internationale Sekretariat.

Ueber die Nacharbeit in den Bäckereien hat der Jurist Maurice Boutelot in umfassender Weise Material gesammelt und es kürzlich veröffentlicht.* Auch über die gesetzlichen Bestimmungen für die Bäckereien in sanitärer Beziehung und in bezug auf Arbeiterschutz bringt er Zusammenstellungen. Die „Soziale Praxis“ hat jetzt aus dem Werke folgenden Auszug gegeben:

Das Verbot der Nacharbeit ist durchgeführt in vier Staaten: Norwegen, Kanton Tessin in der Schweiz, Italien, Finnland. Die älteste Gesetzgebung dieser Art besitzt Norwegen. Das erste Gesetz hierüber wurde bereits 1885 erlassen und durch Gesetze von 1894, 1897 und 1906 ausgebaut. Die Nacharbeit ist jetzt zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens verboten (Ausnahmen sind vor einigen Festen zugelassen), der Maximalarbeitstag beträgt elf Stunden.

Im Kanton Tessin ist das Verbot der Nacharbeit seit 1906 durchgeführt. Als Nachtzeit gelten die Stunden von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens. Der Maximalarbeitstag beträgt elf Stunden; ein freier Ruhetag in der Woche ist gewährleistet, der wenigstens einmal im Monat auf einen Sonntag fallen muss. Das Tessiner Gesetz enthält noch eine Bestimmung, die für den Schutz der Konsumenten wichtig ist: § 2. Die in den Bäckereien und Konditoreien beschäftigten Personen müssen körperlich gesund sein und an sich selbst sowie an ihrer Kleidung die grösste Sauberkeit (propreté rigoureuse) beachten. Gegen dies Gesetz von 1906 wurde eine starke Agitation entfaltet, doch wurde 1908 ein neues Gesetz betreffs Verbot der Nacharbeit angenommen, welches dieselben Grundlagen enthält, nur einige Ausnahmen mehr für Festtage zulässt.

In Italien wurde am 22. März 1908 ein Gesetz betreffs Verbot der Nacharbeit erlassen, nachdem etwa 20 Jahre hindurch von seiten der organisierten Arbeiterschaft um ein solches Verbot gekämpft worden ist. Als Nachtzeit gelten die Stunden von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens. Ausnahmen sind für die Bereitung des Sauerteiges und für einige Tage vor Festen zugelassen.

Finnland hat durch Gesetz vom 4. Juni 1908 die Arbeit zwischen 9 Uhr abends und 6 Uhr morgens verboten. Das finnische Gesetz setzt ausserdem die Maximalarbeitswoche von 48 Stunden fest; an einem Tage darf nicht länger als zehn Stunden gearbeitet werden.

Schliesslich sei noch erwähnt, dass in Dänemark die Nacharbeit der Jugendlichen verboten ist.

Ausser in Ländern, in denen das Verbot der Nacharbeit durchgeführt ist, sind gesetzgeberische Vorarbeiten dazu im Gange in England, Oesterreich, Holland, Frankreich.

In England liegt bereits seit 1906 ein vom Abgeordneten Wilkie eingebrachter Entwurf vor, der die Arbeitszeit in den Bäckereien auf die Zeit von 5 Uhr morgens bis 2 Uhr mittags beschränken will. Der Entwurf hat keinerlei Aussicht auf Erfolg, dagegen bewähren sich auch im englischen Bäckergewerbe die Kollektivverträge. So ist durch Vertrag zwischen der nationalen Organisation der Bäckermeister und der nationalen Organisation der Bäckergehilfen die Arbeitszeit auf wöchentlich sechzig Stunden festgelegt worden, allerdings ohne Rücksicht, ob die Arbeit bei Tage oder Nacht geleistet wird.

In Holland wurde in der Thronrede von 1909 ein Gesetz zum Schutze der Bäcker angekündigt, und am 12. Mai ist ein entsprechender Gesetzentwurf der niederländischen Kammer vorgelegt worden. Danach wird die Arbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens verboten. Die Bäckerinnungen sind ermächtigt, bis zu fünf Tagen im Jahr für ihren Bezirk Ausnahmebestimmungen zuzulassen.

In Oesterreich hat die sozialdemokratische Fraktion einen Entwurf eingebracht, nach welchem zwar die Nacharbeit nicht verboten wird, wohl aber soll die Maximalarbeitszeit, die sonst zehn Stunden beträgt, verkürzt werden, wenn davon einige Stunden auf die Nachtzeit (9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens) fallen.

In Frankreich liegt zurzeit ein vom Abgeordneten Godart eingebrachter Gesetzentwurf vor, die Nacharbeit zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr morgens zu verbieten, doch sollen die Kommunalbehörden ermächtigt sein, nach Anhörung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Zeiten grosser Hitze die Nacharbeit ausnahmsweise wieder zuzulassen.

* Le travail de nuit dans la boulangerie. Bibliothèque du Musée social. Verlag L. Larose, 22 rue Sufflot, Paris, 229 S.

Polizei und Gerichte.

Brotbenteleutwendung. Der Bäckermeister Sellwech in Niddorf und seine Frau waren vom Schöffengericht wegen Entwendung von Brotbetein, bezw. Anstiftung dazu, zu drei bezw. zwei Monaten Gefängnis verurteilt. In der nunmehr vor der Strafkammer stattgefundenen Verhandlung wurde Frau Sellwech freigesprochen, die Strafe gegen den Ehemann auf drei Tage Gefängnis herabgesetzt.

Briefkasten der Redaktion.

F. F., Bayern. Bl. hat die letzten Beiträge in § a n a u im August bezahlt und ist dann unbekannt abgereist.

Anzeigen.

Ortskrankenkasse der Bäcker in Mannheim.

Einladung!

Wir laden hiermit die Herren Vertreter der Arbeitgeber wie die Vertreter resp. Vertreterinnen der Arbeitnehmer zur **Ordentlichen Generalversammlung** auf **Donnerstag, den 4. November, nachmittags 4 Uhr**, im Saale des **Zunngshauses, S 6 40**, höflichst ein und bitten um vollzähliges Erscheinen.

Tagesordnung:

1. Neuwahl der statutenmässig auscheidenden Vorstandsmitglieder:
 - a) Arbeitgeber: Herr Joh. Gehrig auf die Dauer von zwei Jahren.
 - b) Arbeitnehmer: Herren F. Hamann und E. Bannwarth auf die Dauer von zwei Jahren.
2. Ersatzwahl für Herrn P. Gwinner auf die Dauer von einem Jahr.
3. Wahl der Rechnungsrevisoren.
4. Verschiedenes. [M. 6,90]

M a n n h e i m, 18. Oktober 1909. Der Vorstand.

Unserm werten Kollegen und Schriftführer Johann Brumer sowie seiner lieben Braut Elise Scheumeier

die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung!

Die Kollegen der Brotfabrik Joseph Bartmann, Landshut. [M. 2,40]

Unserm werten Kollegen und Sangesbrüdern:

Jakob Schneider nebst seiner lieben Braut **Anna Hoffmann,**

Otto Welprecht nebst seiner lieben Braut **Louise Lenz,**

Karl Wildemuth nebst seiner lieben Braut **Babette Krass**

die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer Vermählung!

Bäckergesangsverein Mannheim.
[M. 5,10] I. A.: Misslbeck.

Fachmann bietet sich Gelegenheit, Zuckerwarengünstigen Bedingungen zu erwerben. Off. H. Postamt 26, Berlin erbeten. [M. 1,20]

Allen Kollegen Hamburgs sei meine **:: Gastwirtschaft ::** bestens empfohlen.

— Guter Mittagstisch —

Verkehrslokal der Bäcker Barmbecks.
Hermann Artmann,
Hamburg-Barmbeck, v. Essenstr. 91.

Frau J. Schäfer Ww. empfiehlt sich ihren geehrten Kunden nach wie vor zur Anfertigung von Herren-, Damen- und Kinderwäsche.

Spezialität:
Bäcker- und Konditor-Berufskleidung
Hamburg-Eppendorf, Lehmweg 58, II.

Bäckerei, Transport- und Kohlenförbe
liefern bei bester Ausführung billigt

Konsumverein Schney.
Station: Lichtensfeld i. Bayern.

Berufs-Bekleidung für Bäcker, Konditoren etc.
In starker, solider Verarbeitung.

Drell-Hosen I u. Ia	Mk. 2,25, 2,40
Drell-Hosen rein Leinen	3,10, 3,45
Konditor-Jaeken I u. Ia	3,45, 3,75
Konditor-Mützen	0,40
Hemden, Militär-Nessel	1,60
Hemden, Karohend od. Flanel	1,60-2,65
Hemden weiss, Suxkin-Hosen etc.	

Berufs-Bekleidungs-Industrie
Hamburg I, B. Th. Wahn, Georgsplatz 13.
Brustumfang oder Schrittlänge genügt. — Katalog gratis.

Allen Mündtner Bäcker- und Konditorengelüfen empfiehlt sich zur Anfertigung von Herren- garderoben aller Art in jeder Preislage — für eleganten Schnitt und Sitz weitgehendste Garantie

Georg Prem, Walterstr. 9/10.

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund System Arends.

Junge, intelligente Arbeiter erlernen kostenfrei die Arends'sche Kurzschrift. Im schwebischen Reichstage verdrängten die Arendsianer bei freiem Wettbewerb die Gabelsbergerianer, so daß heute dort 23 Arendsianer und nur noch 8 Gabelsbergerianer arbeiten. Die Arends'sche Kurzschrift findet ferner Anwendung im Deutschen Reichstag sowie im Preussischen Landtag. Fast sämtliche Gemerkchaftskongresse werden von Arendsianern aufgenommen. Der Deutsche Arbeiter-Stenographenbund, System Arends, unterrichtete 1908—1909 über 3000 Arbeiter. Zeitungsaufgabe: Organ „Arbeiter-Stenograph“, September 1909, 15000 Exemplare. Unter Beifügung üblichen Portosichte man Adresse an **Louis Flach, Frankfurt a. M., Graubengasse 35.** (Bitte ausschneiden, aufheben oder weitergeben.)

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Freitag, 31. Oktober:
Nalen: Vorm. 10 Uhr im Gasthof „Zum Hirschen“. — **Vant-Wilhelmshaven:** 4 Uhr bei Feld, Grenzstr. 34. — **Crimmitschau:** 2 Uhr in der Zentralherberge. — **Sameln:** 4 Uhr im Gemerkchaftshaus. — **Pennigsdorf:** 4 Uhr bei Lehmann. — **Sersdorf:** Vorm. 9½ Uhr bei Hilbert, Brüderstr. 10. — **Rostock:** 2½ Uhr Reguinenberg 10. — **Vegeack:** 4 Uhr bei Brümmer, Langenstr. 55.

Montag, 1. November:
Bierzen: Bei Dahn, „Zum Kaiser Karl“, Kaiserstraße.

Dienstag, 2. November:
Braunschweig (Konditoren): — **Nürnberg (Bäcker):** 5½ Uhr im „Historischen Hof“. — **Offenbach:** 8 Uhr „Zum goldenen Stern“. — **Vallau:** „Zum goldenen Bären“, Große Klingergasse. — **Regensburg:** „Zur Schillerlinde“, Glöcknerstraße 31. — **Rudolstadt:** 8½ Uhr „Zum Cambrinus“.

Mittwoch, 3. November:
Friedberg i. H.: Im „Saalbau“. — **Siegen:** 8 Uhr im Wehlar, bei Reinhold, Silhoferstraße. — **Hamburg-Altona (Konditoren, Badgehilfen):** 8½ Uhr bei Vorhieb, Neuer Steinweg 49; (Sektion der Seefahrer): 8 Uhr bei Pfeiffer, St. Pauli, Silberadstr. 15; (Fabrikbranche, Bezirk Ottensen): 8 Uhr bei Schatow, Bismarckstr. 13. — **Harburg:** 8 Uhr bei Büffenhof, Erke Bergstr. 7. — **Höchst a. Main:** 2 Uhr bei Bump, Königstr. 65. — **Flaun i. Vogtl.:** 2 Uhr im „Schillergarten“. — **Schwabach:** Bei Hoffmann, „Zum Walfisch“.

Donnerstag, 4. November:
Vertheilung: — **Danzig:** Bei Schatz, Fischmarkt 6. — **Forst i. d. L.:** Bei Mülle, Wahnstr. 26. — **Frankfurt a. M. (Nacharbeiter):** 1 Uhr im Gemerkchaftshaus. — **Freiburg i. Br. (Sektion I):** 8 Uhr „Zum Storch“, Schiffstraße. — **Guben:** „Zum Fürsten Blücher“, Zindelplatz. — **Ludenswalde:** 5 Uhr im Gemerkchaftshaus, Weilerstraße. — **Weg:** Im neuen Gemerkchaftshaus, Deutsche Straße. — **Niramsens:** „Zur Traube“, Schloßstraße. — **Stettin (Achtbäcker):** 8 Uhr bei Mieling, Turnersstr. 7. — **Zeitz (Konditoren und Hilfsarbeiter):** 8½ Uhr bei Neumann, Gartenstraße.

Freitag, 5. November:
Frankfurt a. M. (Tagarbeiter): 7½ Uhr im Gemerkchaftshaus. — **Freiburg i. Br. (Konditoren Sektion II):** 8 Uhr „Leisinghube“, Hummelstraße. — **Leipzig (Konditoren):** 8 Uhr im Volkshaus, Zeigerstraße 32. — **Lüdenscheid:** 8½ Uhr bei Adrian, Louisestraße. — **Nürnberg (Konditoren):** 8 Uhr im „Historischen Hof“. — **Stettin (Konditoren und Tagbäcker):** Bei Albert Bptow, König-Albertstr. 43.

Sonntag, 7. November:
Barmen: Vorm. 10 Uhr im Gemerkchaftshaus, Parlamentstraße. — **Bernburg:** Im Gemerkchaftshaus, Schulstr. 17. — **Brandenburg:** Vorm. 11 Uhr im „Deutschen Haus“, Steinstraße 32. — **Braunschweig:** 8½ Uhr in Stegers Bierpalast, Stobenstr. 9. — **Bremerhaven:** 8 Uhr im Gemerkchaftshaus. — **Chemnitz:** Im „Annengarten“, Annenstraße. — **Dessau:** 8 Uhr im Gemerkchaftshaus, Wallensteinstr. 1. — **Dortmund:** 8 Uhr „Zur Reichskrone“, Wülfenstr. 6. — **Düsseldorf:** Vorm. 11 Uhr bei N. Ewald, Breitestr. 15. — **Eisenach:** 8 Uhr „Zum goldenen Engel“, Katharinenstraße. — **Flensburg:** 2 Uhr bei Sinn, „Nordtorbierhalle“. — **Frankfurt a. d. O.:** Im Gemerkchaftshaus, Oberstr. 51. — **Gesfacht:** 8½ Uhr bei W. Ruscio. — **Gera:** 8 Uhr im Gänberg. — **Hannover (Bäcker):** 8 Uhr Schillerstr. 4. — **Hof:** Im Gasthof Glaser, Sophienburg. — **Hildesheim:** Vorm. 10 Uhr im Gemerkchaftshaus, Gosenstr. 23. — **Kiel:** 4 Uhr im Gemerkchaftshaus, Fährstraße. — **Landberg a. d. W.:** 2 Uhr bei Kaiser, Lützenstr. 5. — **Lübeck:** 8 Uhr im „Bereinshaus“, Johannisstr. 50. — **Ludwigshafen:** 8 Uhr „Zum alten bayrischen Hefe“, Bismarckstr. 100. — **Meuselwitz:** 8 Uhr „Zum Deutschen Kaiser“. — **Mühlhausen i. G.:** Vorm. 10 Uhr bei Schlinger, Vaubanstr. 48. — **Schmölln:** 2 Uhr „Zur Germania“, Crimmitschauerstraße. — **Schwerin:** 4 Uhr bei W. Dedden, Großes Moor 51. — **St. Johann a. d. E.:** 8 Uhr im „Livol“, Gerberstr. 26. — **Suhl:** 8 Uhr im Dombergs „Anstalt“. — **Tangermünde:** 8 Uhr im „Kaiserhof“, Langestr. 47. — **Ulm:** 8 Uhr im Restaurant „Hohentwiel“. — **Weimar:** 8 Uhr im Volkshaus.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Bienenbinderhof 57. — Verlag von D. Almann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Nuer & Co. in Hamburg.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Auf Grund des § 8 des Statuts wurde auf Antrag der Zahlstelle Dortmund Wilhelm Jonas (Buchnummer 9831), aus dem Verband ausgeschlossen. Jonas ist wahr-scheinlich plötzlich von Dortmund abgereist, ohne seine Ver-pflichtungen der Organisation gegenüber erfüllt zu haben. Die Mitglieder, denen der Aufenthalt des Jonas bekannt ist, werden dringend ersucht, dessen Adresse sofort dem Verbandsvorstand mitteilen zu wollen.

Die Hausagitation, welche im dritten Quartal sowohl unter Bäckern und Konditoren in Bäckereien und Kondi-toreien, als auch unter den gelernten und ungelernten Ar-beitern und Arbeiterinnen der Schokoladen-, Zuckwaren- und Lebkuchenindustrie vorgenommen wurde, war außer-ordentlich erfolgreich, so daß unsere Organisation das dritte Quartal mit einem Gewinn von mehr als 1000 neuen Mitgliedern und dementsprechend auch rund 18 000 mehr einklassierten Wochenbeiträgen als im zweiten Quartal ab-schließen konnte. Das ist ein Zeichen, daß unsere Mit-glieder, welche diese mühevolle Arbeit der Hausagitation übernommen hatten, mit außerordentlichem Eifer und Ge-schick gearbeitet haben. Dieser Erfolg muß nun auch ein weiterer Ansporn dazu sein, auch ferner fortwährend die Hausagitation in reger Weise zu betreiben. Geschieht das, dann wird uns das vierte Quartal weiter ebenso schöne Erfolge bringen, und trotz der großen Arbeitslosigkeit unserer Mitarbeiter infolge der Wirtschaftskrise unsere Or-ganisation das Jahr 1909 außerordentlich günstig ab-schließen können.

Wir ersuchen also alle unsere Mitglieder dringend, sich recht rege an der Aufklärungs- und Agitationsarbeit zu beteiligen.

Der Vorstand.

J. A.: D. Allmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 18. bis 24. Oktober gingen bei der Hauptkassse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Monat September: Zahlstelle Flensburg M. 49, Cottbus 45,90, Rumberg 69,80, Mannheim 413, Straubing 56,10, Gießen 18,90, Weiskens 22,80, Leisnig 14,40.

Von Einzelzahlern der Hauptkassse: R. B.-Dsnabrück M. 48, R. N.-Pöbbeck 25,50, W. S.-Mabensburg 1,50, P. W.-Erzingen 2,50, P. S.-Stadhagen 23,50, G. B.-Lands-berg 18,50.

Für Abonnements und Annoncen: Zentral-Krankenkasse M. 9, Wint 4,80, C. B.-Düsseldorf 7,50, A. B.-Wien 30, G. S.-Landskhat 2,40.

Verichtigung: In der Quittung von voriger Nummer soll es heißen: Sonneberg M. 60, statt M. 57.

Der Hauptkassierer. Fr. Friedmann.

Heute ist der 45. Wochenbeitrag (31. Oktober bis 6. November) fällig.

Aus den Bezirken.

Wiesbaden. Wer die Adresse des Bäckergehilfen Fr. Schüller, geboren am 3. März 1886 zu Reinsbronn bei Gredlingen, Württemberg, kennt, wird ersucht, diese an E. Engel, Wiesbaden, Sedanstr. 5, P. 1, 1. Et., rechts, gelangen zu lassen. Derselbe wird bei einem Prozeß in Darmstadt benötigt.

Sterbetafel.

Dresden. Ernst Jung, Bäcker, 36 Jahre alt, ge-storben.

Ehre seinem Andenken!

Wilhelm Most †

Ein alter treuer Mitkämpfer in der deutschen Bäder-bewegung ist durch den unerbittlichen Tod dahingerafft worden. Wilhelm Most, der seit dem Jahre 1872 ein eifriger Mitkämpfer unserer Sache war und der auch noch bei jeder Gelegenheit warm für unsere Bestrebungen eintrat, seitdem er in Berlin 1904 Bädermeister geworden war, ist am 19. Oktober durch den Tod von schwerem Leiden erlöst worden. Seit längerer Zeit litt der kräftige Mann an einer Vereiterung am Kopfe, die ihn auf das Krankenlager warf. Sechs Wochen lag er im Krankenhaus, und es schien, daß diese kräftige Natur auch dieses schwere Leiden überwinden würde. Die Ärzte rieten ihm zur Operation, um vor jedem Rückfall gesichert zu sein. Aber er fühlte sich bereits so in der Besserung, daß er die Operation ablehnte, was seinen schnellen Tod zur Folge hatte.

Mit ihm ist ein eifriger Förderer unseres Kampfes um bessere Lebensbedingungen dahingegangen. Schon im Jahre 1872, in jener ersten Zeit, wo sich die Kollegen regten, um sich zusammenzuschließen zu Fachvereinen, schloß er sich unserer Bewegung an, und hat in den schwersten Zeiten stets treu zu ihr gehalten und jedem Feind gegenüber energisch unsere Sache vertreten. Seit der

Gründung unseres Verbandes im Jahre 1885 gehörte er demselben als treuer Mitkämpfer an, und das Vertrauen der Kollegen berief ihn wiederholt auf Ehrenposten in der Organisation. 1890 bis 1895 gehörte er dem Vorstand der Mitgliedschaft Berlin und auch zeitweilig dem Zentral-vorstand der Organisation als Mitglied an. In der Mit-gliedschaft Berlin war er 1893 bis 1895 Vorsitzender, bis dieselbe aufgelöst und in den Fachverein umgewandelt wurde. Die Gründung des Fachvereins war vom Kollegen Most nur deshalb protegiert, weil er nach den Vorkomm-nissen in der Zentrale des Verbandes der Ueberzeugung war, dieser habe das Vertrauen der Kollegen verloren, und sein Wille war: sobald durch den Fachverein das Ver-trauen der Kollegenschaft zur Organisation wieder er-oberet war, solle derselbe wieder zum Verbands über-treten. In diesem Sinne hat er im Fachverein gewirkt, bis er 1901 einsehen mußte, daß die Majorität des arg geschwäch-ten Fachvereins ihm in diesem Vorhaben nicht folgte. Da besaß er denn, wie einige andre ehrliche Mitkämpfer, den Mut und die Entschlossenheit, frei und offen in einer Ver-sammlung zu erklären, daß er den Gedanken überwunden habe, durch einen lokalen Verein die Lage der Kollegen bessern zu können, nur durch den Verband sei dieses mög-lich und deshalb schloß er sich diesem wieder an. Kurze Zeit nach seinem Wiedereintritt in den Verband, wählte ihn die Mitgliedschaft Berlin zu ihrem Vorsitzenden und hat er diesen Posten ein Jahr bekleidet.

In dieser seiner Vertrauensstellung war er wieder wie ehemals, jedem Verbandsmitglied ein guter Freund und Berater, aber auch jetzt noch ein ebenso energischer Verfechter der Rechte der Kollegen den Arbeitgebern gegen-über! Mit diesen hatte er als Mitgeselle der Konfordia-znung manchen Strauß auszufechten.

Meister geworden, gehörte er zwar nicht mehr lange unserer Gewerkschaft an, aber noch im Jahre 1907, beim Lohnkampf in Berlin, war er einer der wenigen in der freien Vereinigung der Bäckermeister, der alle Ueber-rechtungen bei seinen Kollegen einsetzte, um sie zum Friedensschluß zu stimmen. Leider gelang ihm dieses nicht.

Auch nach dem Kampfe ist er stets ein treuer Freund unseres Verbandes und seiner Bestrebungen geblieben, und hat treu gehalten, zu was er sich als Meister verpflichtet hatte. Den mit den einzelnen Meistern abgeschlossenen Tarif hielt er stets korrekt ein!

Nur in einem Punkte paßten sich seine Ansichten den heutigen Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft nicht mehr an, das war in der Frage der Erfämpfung des wöchentlichen Ruhetages. Mit dieser unserer so berechtigten und zeitgemäßen Forderung konnte er sich nicht befreunden und hat stets gegen dieselbe angeknüpft.

Der abweichende Standpunkt des Kollegen Most in dieser Frage kann uns aber nicht hindern, seine bedeut-samen Verdienste um die Besserung der Lage der Bäckerei-arbeiter offen anzuerkennen.

Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen treuen Freund und einen geraden ehrlichen Förderer unserer Sache. Wie er in den schwersten Zeiten treu zu unserer Organisation gehalten und energisch für die Rechte der Kollegen den Arbeitgebern gegenüber eingetreten, darin möge er noch viele Nachfolger finden!

In diesem Sinne werden unsere Verbandsmitglieder das Andenken ihres leider zu früh verstorbenen Freundes in Ehren halten!

Er ruhe sanft!

Aus der Konditorei-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Ungelegliche Verwendung von Geldern der Kon-ditoren-Zwangsinnung Chemnitz. Der § 88 der Ge-merbeordnung (Titel VI) sagt in seinem zweiten Absatz: „Zu andern Zwecken als der Erfüllung der statutarisch oder durch das Gesetz bestimmten Aufgaben der Innung sowie der Deckung der Kosten der Innungsverwaltung dürfen weder Beiträge von den Innungsmitgliedern oder von den Gesellen derselben erhoben werden, noch Verwendung aus dem Ver-mögen der Innung erfolgen.“

Das sagt jedenfalls klar und deutlich, daß politische Vereinigungen durch Innungsgelder nicht gespeist werden dürfen. Aber was fragen unsere Innungsbrüder nach Gesetz, wenn es ihnen nicht in den Kram paßt? Auch die Chemnitzer Konditoreninnung setzt sich mit der größten Seelenruhe darüber weg, wie aus einem Berichte über ihre Herbst-versammlung am 13. Oktober hervorgeht. „Zu dem Punkte: Allgemeine Innungsangelegenheiten nahm“, heißt es dort, „zunächst Kollege Göhlitz-Obernhaue das Wort, um über den Beitrag zur Mittelstandsvereinigung zu sprechen. Er betonte, bei der künftigen Landtagswahl besonders nur den Männern die Stimme zu geben, die tatsächlich für unser Gewerbe eintreten. Unterstützt wurde diese Angelegenheit von den Kollegen Schlenhain-Chemnitz und Zimmermann-Waldheim. Von dem Herrn Vorsitzenden wurde die Ver-sammlung nochmals ersucht, zu erklären, ob man den Beitrag zur Mittelstandsvereinigung für das kommende Jahr be-willigen will oder nicht. Herr Ködel unterstützte diesen Antrag und ergab die Abstimmung die Annahme gegen eine Stimme.“

Und solche Mittelstandshelden schimpfen immer über Terrorismus der Sozialdemokraten. Die Zwangsinnung nötig, wie ihr Name sagt, alle selbständigen Berufsangehörigen des Bezirks in ihre Reihen, aber ohne jede Rücksicht auf deren verschiedene Gesinnung werden dann die gemein-schaftlichen Gelder verwendet, um eine bestimmte politische Partei zu unterstützen. Und so etwas wird stillschweigend von den Aufsichtsbehörden geduldet!

Lächerliche Innungsschmerzen. Mit einer ganz schrecklich schwierigen Sache hatte sich in letzter Zeit einmal die Leitung des Verbandes der selbständigen Konditoren in Berlin zu befassen. Die Innung Weimar gab durch ein Schreiben den Berliner Herren Veranlassung, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob die in den Fabriken ausgebildeten Spezialarbeiter, z. B. Bombonföcher, eigentlich zu den Konditoren zu zählen sind oder nicht. „Die Sache wurde,“ — heißt es im Berichte — „von allen Anwesenden be-sprochen und gab der Vorsitzende der Ansicht Ausdruck, daß es der Prüfungskommission überlassen bleibe, wenn der Ausgelernte als Konditor angemeldet und eingetragen sei-denselben als Konditor zu prüfen; ist er nur Bombon-föcher, so ist dies besonders in dem Prüfungszeugnis zu erwähnen, daß derselbe als „Bombonföcher“ seine Prüfung bestanden hat. Kann der Ausgelernte nur gebrannte Mandeln, Konfituren, Bonbons und Pralines überziehen, so kann er als Konfiseur unter Aufsicht der Fächer ge-prüft werden. In diesem Sinne wird auch von dem Vor-sitzenden nach Weimar berichtet werden.“

Nun ist das süße Handwerk wieder einmal gerettet. Aber gründlich!

Neue Innungskrankenkassen für die Konditoren. die schon in Hinblick auf den verfügbaren Kreis der Ver-sicherungspflichtigen stets kümmerliche Gebilde bleiben müssen — ganz abgesehen von allen andern Schäden für die darin Versicherten — sollen in nächster Zeit wieder ge-schaffen werden. So haben sich mit dieser Frage jetzt die Innungen in Köln sowohl als in Stettin beschäftigt, und es ist leider nicht daran zu zweifeln, daß die Ne-gierungen diesem verderblichen Treiben die Genehmigung erteilen werden. In Köln machte der Herr Wirtz-Oberfeld den Herren besonders den Mund durch den Hinweis auf die niedrigen Beiträge wässrig, die sie dann zu zahlen hätten. Robert-Köln machte dann noch die Bemerkung, daß die Innungskassen schon deshalb billiger wirtschafteten, weil sie keine Simulanten hätten; denn durch das Kost- und Logiswesen ständen die Mitglieder ja unter Aufsicht! Also wieder ein Vorzug des Kost- und Logiswesens! Bei der Gleichgültigkeit und dem Unverständnis der meisten un-serer Kollegen in solchen Fragen — besonders der Badgehilfen — ist noch nicht einmal zu erwarten, daß gegen solche Gründungen von ihrer Seite Einspruch erhoben wird. Aus Verachtung stimmen sie ihnen womöglich freudig zu. Die Schädigungen merken sie meist erst später. Leider ist dann aber nichts mehr zu machen. In Köln haben die Meister bereits einstimmig die Gründung beschlossen, in Stettin ist ein endgültiger Beschluß noch nicht gefaßt.

Betriebsgewinne in unserer Großindustrie. Die „Carotti“-Schokoladen- und Kakaofabrik A.-G. Berlin hat im letzten Geschäftsjahre wieder einen ganz ansehnlichen Gewinn zu verzeichnen. Während im letzten Jahre nur 6 pZt. Reingewinn verteilt werden konnten, ist man heuer in der Lage, den Aktionären 8 pZt. in den Geldsack zu schütten, nachdem M. 118 862 sowie auf Ma-schinen extra M. 20 000 abgeschrieben wurden. Das alles genügt aber den Herren noch nicht, denn bekanntlich ist die Betriebsleitung eifrig daran, für die Zukunft noch mehr Reiback herauszuwirtschaften, indem man die etwas mehr bedienenden Arbeiter jetzt fortgesetzt an die frische Luft befördert.

Auch die bekannte Firma Gustav Duclaud Nachfolger, Inhaber der weitbekannte Herr Viktor Löwenstein, hat es verstanden, im letzten Geschäftsjahre wieder gute Geschäfte zu machen. Dieser Mittelbetrieb hat M. 50 000 Reingewinn (im Vorjahre M. 36 479) abgeworfen. Auf eine Million Aktienkapital werden 4 pZt. Dividende verteilt, nachdem M. 47 875 abgeschrieben worden sind. Herr Löwenstein stellt seine weiblichen Lehrlinge noch immer mit M. 5 und 6 Lohn pro Woche ein und speist die männlichen Arbeiter mit M. 18 und noch weniger ab!

Albert Ulrich & Komp., eine alte Magdeburger Firma der Zuckerwarenbranche, ist jetzt in die Hände des Herrn Reume übergegangen. Der Vorbesitzer hatte schon längere Zeit mit finanziellen Schwierig-keiten zu kämpfen.

Lohnreduzierungen. Bei der Firma Hartwig & Vogel in Dresden wird lustig drauflos der Lohn weiter geführt. Am 22. Oktober wurde den Beschäftigten in der Kakaomühle bei der Lohnzahlung plötzlich bekannt gegeben, daß pro Doppelzentner von jetzt ab nur noch 70 $\frac{3}{4}$ (vorher 80 $\frac{3}{4}$) gezahlt würden. Das ist eine Lohnkürzung von 12 $\frac{1}{2}$ pZt. Und dies ohne jede vorherige Ankündigung. Selbstverständlich ist der Abzug ungeleglich und die Firma wird sich entschließen müssen, auch hier, wie im Falle der Abteilung Reichel, nachzuzahlen. Damals wurde in einem Schreiben an die Dresdener Verbandsleitung gesagt, der beschriebene Meister habe ohne Kenntnis der Fabrikleitung die Abzüge festgesetzt. Diese Abzüge würden zwar nunmehr von der Fabrikleitung gutgeheißen, aber in die gesetzlichen Formen gebracht. Sollten denn hier wieder ohne Wissen der Fabrikleitung Abzüge stattgefunden haben? Das kann wohl nicht sein; denn gerade in dieser Abteilung kann nur der Herr Direktor Sommerfeld unserm Wissen nach über Lohnfragen verfügen. Wenn dies zutrifft, dann sollte aber zum mindesten die gesetzliche Form, die vorherige Ankündigung gewahrt werden. Der Lohnabzug beträgt wöchentlich M. 3 bis M. 5 pro Person. Ja, ist denn Herr Sommerfeld ein Verdienst von M. 22 bis 25, bei den besser bezahlten von M. 30 zu hoch? Weiß denn Herr Sommerfeld nicht, daß alle Bedarfsartikel tagtäglich im Preise steigen? Nur zu. Wer Wind fäet, wird Sturm ernten. Die Kollegen und Kolleginnen bei Hartwig & Vogel mögen auch aus diesem Vorgang erkennen, daß sie nur auf ihre eigne Kraft angewiesen sind, daß sie nur durch Einigkeit und mit Hilfe der Organisation diesen rigorosen Lohn-kürzungen entgegenzutreten können!

Behandlung der Gesellen und Lehrlinge in Graubenz.

Statt Lohn erhielt der Bäckergehilfe S. D. von dem Obermeister Kallies in Graubenz, wie durch die Gewerbegerichtsverhandlung vom 1. Oktober 1909 festgestellt worden ist, Schläge. Schon eirige Tage, nachdem der junge Kollege bei dem Meister in Arbeit getreten war, konnte er die Behandlung nicht mehr ertragen. Er wollte daher so bald wie möglich die Bude wieder verlassen. Das Gewerbegericht erteilte ihm aber zunächst den Bescheid, daß er die gesetzliche Kündigungsfrist einhalten solle. Daraufhin begab sich derselbe wieder zur Arbeit; der Meister war bereits in der Bäckstube, als er diese betrat. Der „freie, ungebildete“ Geselle (so bezeichnet ihn nämlich der Obermeister) bot ihm daher die Tageszeit. Statt aber den Gruß, wie unter anständigen Menschen üblich, zu erwidern, verprügelte der schlagfertige Kallies unsern Kollegen Backsteinen und warf ihn hinaus, ohne den verdienten Lohn herauszugeben. Der so mißhandelte Kollege wendete sich an den Gewerkschaftsangehörigen Genossen Wlendorff und Bergab ihm die Anglegenheit zur weiteren Erledigung. Unser Danziger Bezirksleiter Grigo hatte dann zufällig Gelegenheit, der Verhandlung in Graubenz beizuwohnen. Interessant war es ihm, wahrzunehmen, wie sich der sonst so schlagfertige Bäckermeister vor Gericht als ein Lämmlein, das seinem das Wasser trübten könne, hinstellen wollte und es versuchte, sich aus der Schlinge herauszuziehen. Er behauptete: Die Gesellen sind die Raritäten, welche die Meister fortgesetzt reizen. Die Gesellen verdienen nicht einmal den Lohn von 6 pro Woche, weil sie gar nicht arbeiten können. Der Kläger habe ihm durch seine Arbeit mehr Schaden gemacht, als sein Lohn beträgt, und daher kein Recht, Lohn zu verlangen — und noch mehr solche nette Ansichten. Kallies hat sogar das „Germania“-Buch des Kollegen einbehalten, damit dieser anderweitig keine Arbeit erhalten sollte. Trotz der festgestellten Rohheit konnte das Gericht sich nicht entschließen, unsern Kollegen den ganzen Schaden, der ihm entstanden ist, zuzubilligen. Eine Entschädigung für 14 Tage wurde ihm unangenehmlicherweise nicht zugesprochen, obgleich er ungewisslich zur sofortigen Einstellung der Arbeit berechtigt gewesen war. Kallies wurde nur dazu verurteilt, den rückständigen Lohn und das „Germania“-Buch herauszugeben.

Herr Kallies hat auch vor einiger Zeit seine Lehrlinge, jedenfalls aus „väterlichen Rücksichten“, der Polizei denunziert, weil sie sich an einer von der Polizei nicht genehmigten Stelle in der Weichsel gebadet hatten. Jeder der beiden Bäderbuben wurde durch diese Denunzierung zu 8 Strafe oder einem Tage Haft verurteilt, und die Lehrlinge sollen, wie erzählt wurde, die Strafe sogar abgezwungen haben.

Die Behandlung der Kollegenschaft ist also geradezu empörend. Das sind die Zustände in Orten, in welchen der Verband noch nicht festen Fuß gefaßt hat!

Kallies hat auch alles getan, um den gelben Streikbrecherbund nach Graubenz zu verpflanzen. Trotz alledem und trotz weitgehender Unterstützung der Gelben, trotz Terrorismus der Innungsmacher gegen die anderen Gesellen ist am Orte nur der Gestank sowie ungedeckte Schulden der gelben Schlinglinge zurückgeblieben. Die Kollegenschaft mit ihrem Hinzmann schimpft und standhaft auf den Verband und die bösen Sozialdemokraten, findet es aber in Ordnung, wenn die Gesellen verhauen und die Lehrlinge derartige Erziehung zu handwerkstreuen Gesellen durchmachen müssen. Den Kollegen allerorts, und den Graubenzern besonders, rufen wir deshalb wieder zu: Organisiert Euch! Tretet dem Verbands bei, dann erst wird es für Euch besser werden. Die Unternehmer werden es dann nicht mehr wagen, Euch in solch unwürdiger Weise zu behandeln!

Der „Reichsverband“ kommt der Hannoverschen Brotfabrik zu Hilfe.

In einem Inserat in der Hannoverschen „unparteiischen“ Presse, das während des Streiks erschien, versuchte die Direktion der Hannoverschen Brotfabrik in der schärfsten Form gegen „die von den Arbeitergroßen wohlgenährten Verbandsleiter“ zu hegen. Weiter sucht sie in recht bemerkenswerter Art und Weise im Betriebe vorgekommene Mißstände den organisierten Rutzschern resp. Bäckern an die Rockschöße zu hängen. Der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie hat nun in seiner bekannten Manier dieses einseitige Geschäftsinsertat der Hannoverschen Brotfabrik ausgekladnet und an die Blätter versandt. Die „Post“, ein Berliner Scharfmacherorgan allerersten Ranges, und der abgrundtiefschwarze „Hannoversche Courier“ apporzierten den Reichsverbandshappen unbesehen. Galt es doch, den verhassten freien Gewerkschaften eins auszuwichsen. Die reichsverbändlerische Aufmachung spukt aber auch heute noch in verschiedenen kleinen bürgerlichen Preßblättern. Dieser Umstand macht es notwendig, darauf hinzuweisen, daß vor zehn Jahren im August ein Prozeß wegen Nahrungsmittelfälschung vor der Strafkammer II sich abgepielt hat, in welchem angeklagt waren der Direktor der Brotfabrik in Linden, V. Ph. Thoma, sowie die Oberbäcker der Brotfabrik, Fr. Wählbruch und Alb. Lehmann. Der Hauptangeklagte Direktor Thoma wurde beschuldigt, wesentlich Nahrungsmittel, welche verdorben waren, unter Verschweigung dieses Umstandes in den Handel gebracht zu haben. Die beschuldigten Oberbäcker waren der Beihilfe angeklagt, weil sie aus Mehl, welches mit Maden durchsetzt war, das fragliche Brot hergestellt haben. Der Hauptbelastungszeuge, Bäckergehilfe Gottlieb Sebrzesnh, hat die der Anklage zugrunde liegenden Verhältnisse einer öffentlichen Bäderversammlung unterbreitet, dort auch zur Sprache gebracht und zum offiziellen Eingreifen Veranlassung gegeben. S. führte vor Gericht aus:

„Ich war vom 1. April bis 1. Juli 1895 und dann vom 10. August 1897 bis 17. Dezember 1898 in der Hannob. Brotfabrik tätig. Mir fiel die Unreinlichkeit, die 1895 noch nicht so schlimm war, gleich auf, als ich wieder hinkam. Wir mußten mit einem alten abgenutzten Besen, der zum Reinigen des Bodens benutzt wurde, den Mehlstaub von den in Teig geformten Kaiserbrotchen abgeben! Ebenfalls waren die benutzten Eimer in der Regel nicht rein! Im November 1898 haben wir eine Woche lang etwa 2 cm lange, etwas

gelbliche Maden, aus denen Mehlwürmer werden, im Mehl und Teig gefunden. Die kleinen weißen Maden waren es nicht. Ich habe den Oberbäcker Wählbruch darauf aufmerksam gemacht; derselbe sagte mir, daß „zum Absuchen der Maden keine Zeit“ sei. In jedem Brote fanden sich Maden in großen Mengen vor, wenn wir den Teig zu Kaiserbrotchen formten. Ich habe wohl in jedem Brot etwa zehn Maden gefunden, in den Säcken hat es von Duzen gewimmelt!! Es ist auch wiederholt schmutziges Leitungswasser zum Teig verwendet!! In einem Falle habe ich Wählbruch darauf aufmerksam gemacht und ist dann das meiste schmutzige Wasser wieder aus der Teigmaschine gegossen, jedoch ist das mit dem Wasser bereits angefeuchtete Mehl verarbeitet. „Wählbruchs Reinlichkeit“ bestand unter anderm auch darin, daß er mit dem von ihm benutzten Brotmesser seine Pantoffeln austraktell! Ich habe die Brötchen nicht gegessen. Wählbruch betonte, daß die Maden gleich das „Brot zum Brote“ seien! Auf eine Anfrage der Verteidiger erklärte Zeuge weiter: „Ich habe von der Bäckerinnung hier keine Prämie bekommen für die Anzeige. Mit dem schmutzigen Besen mußte ich wohl fegen; wenn ich mich geweigert hätte, hätten es zehn andre getan. Ich bin freiwillig aus der Brotfabrik geschieden.“

Wier weitere Zeugen beschäftigten im wesentlichen die Aussagen des S. Dr. Schwarz, Direktor des städtischen Lebensmitteluntersuchungsamtes, sagte in seinem Gutachten, daß auch selbst bei der peinlichsten Reinlichkeit Müller und Bäder nicht absolut sicher vor den sich schnell vermehrenden Würmern seien. Würden dieselben vereinzelt auftreten, so lasse sich gegen die Verwendung des Mehles nichts sagen. Durch Sieben des Mehles ließen sich die Maden sehr leicht entfernen. Seien die Würmer in einer so auffallenden Zahl vorhanden, wie im vorliegenden Falle festgestellt sei, so müsse er solches Mehl und das etwa daraus gebadene Brot im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes als „verdorben“ und „gesundheitsschädlich“ bezeichnen.

Der Staatsanwalt hielt die Angeklagten schuldig und beantragte gegen Direktor Thoma M 50 und gegen die beiden

Verbandskollegen!

Der Kampf in Schweden ist noch immer nicht zu Ende, nur die Taktik in demselben ist geändert. Unterstützt deshalb die kämpfenden Arbeitsbrüder auch weiterhin nach besten Kräften.

Oberbäcker je M 30 Geldstrafe. Das Gericht sprach indes sämtliche Angeklagten frei, indem es als nicht erwiesen annahm, daß die Maden „in größerer Anzahl“ vorgekommen seien. Jedenfalls sei nicht festgestellt, daß Direktor Thoma um das Vorhandensein der Maden gewußt habe.

In den Artikeln der „Post“ und des „Couriers“, die auf dem Inserat der Brotfabrik basieren, ist die Rede von einem „Ruhensstück“ und von einem „Verbrechen an der Volksgesundheit“. Wir glauben kaum, daß die Direktion bei Abfassung ihres Inserats an diesen Prozeß gedacht hat. Sind die Zustände in der Hannoverschen Brotfabrik mittlerweile bessere geworden, so ist dies unser Erachtens auch dem Eindringen der Organisation zu danken. Es steht der Direktion der Hannoverschen Brotfabrik deshalb wirklich schlecht an, die organisierte Arbeiterkraft durch ein derartiges Inserat, wie sie es erlassen, zu verdächtigen und zu beschimpfen.

Berichte aus den Zahlstellen.

(Die Schriftführer werden ersucht, das Papier stets nur auf einer Seite zu beschreiben und die Berichte innerhalb acht Tagen nach den Versammlungen einzufenden.)

Braunschweig. In einer Versammlung der Konditoren, welche am 24. Oktober im Restaurant „Zur Traube“, Frankfurterstraße, stattfand, wurde beschlossen, sich in eine Sektion der Konditoren hier am Orte zusammenzutun, um die Agitation in der Zuderwarenbranche mehr aus eigenen Kräften zu betreiben. Wenn die Mitgliederzahl sich so weiter entwickelt, wie bisher, so dürften bald die Konditoren in der Mehrzahl am Orte organisiert sein. Die Versammlungen der Konditoren finden jeden Dienstag nach dem Ersten und Fünfzehnten statt.

Breslau. In einer von zirka 150 Kollegen besuchten Versammlung sprach am 21. Oktober Kollege Liescher-Hamburg über: „Die Rückständigkeit und Verlogenheit unserer Gegner“. Redner schilderte zunächst eingehend die Argumente, mit denen die rückständigen Bäckermeister unsere gerechten Forderungen zu bekämpfen suchen. Daß sie alle in sich selbst zerfallen, beweisen die Verhältnisse in den Städten, wo unser Verband das Kost und Logiswesen besichtigt hat. Er ging auch kurz auf die Hamburger Verhältnisse ein; die Hamburger Bäckermeister fühlen sich ganz wohl dabei und hätten keine Lust, die früheren Zustände wieder einzuführen. Ein großer Teil der deutschen Bäckermeister sei aber Gegner aller Reformen und sie wetterten sogar gegen die erlassenen Reinlichkeitsvorschriften. Sodann ging der Referent näher auf die Kampfesweise des gelben Bundes ein und betonte, daß, wenn die Meister unsere Bestrebungen bekämpfen, dies schließlich noch zu begreifen sei, aber unerhört müsse man es nennen, daß selbst Bäckergehilfen, welche noch unter den traurigsten Lohn- und Arbeitsbedingungen fronden, auf Geheiß der Meister uns entgegenarbeiten suchen. Die Bäckermeister würden längt nicht mehr so rückständig sein, wenn es unter den Gesellen keine Leute mehr gebe, welche den Meistern Verräterdienste leisteten. Pflicht aller Breslauer Kollegen sei es, Mitglied unseres Verbandes zu werden, um

so den rückständigen Meistern und ihrem gelben Bündel die richtige Dichtung zu geben. (Lebhafte Beifall.) Als erster Rufer im Streit trat der gelbe Vertreter Woitas auf. Es ist dieses derselbe Herr, der in der Wischnobskiverammlung die Behauptung aufstellte, mit M 13 Wochenlohn könne er seine Familie gut ernähren. Durch seine unfinnigen Ausführungen rief er eine große Unruhe hervor. Von allen Seiten des Saales machte man ironische Zwischenrufe und lachte ihn aus. Nicht einer seiner wenigen Getreuen stimmte ihm zu. Kollege Winger machte diesem 13 Mark-Gesellen zunächst klar, daß dessen Familie hungern müsse, wenn nicht die Frau mitarbeitete. Winger ging dann noch auf die hiesige gelbe Mißgeburt ein und stellte fest, daß nur ein kleiner Teil der hiesigen Kollegen auf den gelben Beim getrocknet sei und von diesen wären die meisten noch indirekt von ihren Meistern gezwungen. Dieses beweisen uns mehrere Briefe aus den Reihen solcher Kollegen. Kollege Tize machte noch darauf aufmerksam, daß die Innung beschlossen hätte, die sechzehntägige Sonntagsruhe einzuführen; er meinte, die Gelben würden wohl bald mit dieser Errungenschaft herumtrablen, aber was nütze uns der Beschluß, wenn er nicht innegehalten werde. Als der Referent das Schlusswort nahm, verkrümelte sich der 13 Mark-Geselle Woitas. Dieser brauchte sich also mit ihm um so weniger zu beschäftigen, als keiner der Anwesenden diesen Gegner ernst genommen hatte. Den paar Gelben und ihren Lehrern, dürfte diese Versammlung zur Genüge bewiesen haben, daß, obgleich die Meister das Geld dazu hergeben, in Breslau kein Boden für die gelbe Sumpfpflanze ist. Ihr aber, Breslauer Kollegen, beherzigt die Ausführungen in dieser Versammlung und sorgt dafür, daß wir uns hier bald bessere Zustände erkämpfen. Sinein in den Verband!

Elbn. Eine gut besuchte öffentliche Versammlung beschäftigte sich mit der Wirkung der neuen Steuern auf die Lohnverhältnisse sowie mit der Stellenvermittlung und der Innungsstrafentasse der Kölner Bäckerinnung. Kollege Heschold hatte das Referat übernommen und erläuterte in einem beifällig aufgenommenen Vortrage die Entstehung der neuen Steuern, ihre Wirkung auf das ganze Erwerbsleben und auf die Lohnverhältnisse der Arbeiter. Besonders scharf geißelte er den schmachvollen Verrat der christlichen Gewerkschaftsführer, die lediglich, um die Reichen zu schonen, die notwendigsten Gebrauchsartikel den Armen zum Teil um das Doppelte verteuert hätten. Die Stellenvermittlung und die Straffentasse der Innung wurden einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Herr Hausbrich, der Rentant der Krankentasse, Stellenvermittler, Sekretär der Innung ist, und weiß Gott sonst noch alles für Posten in der Innung hat, herrscht in seinem Reich unumschränkt. Lediglich von den Bäckermeistern abhängig, erlaubt er sich den kranken und arbeitssuchenden Gesellen gegenüber die schmerzhaftesten Sachen. Kranke Mitglieder werden unter nichtsagenden und mit dem Geheiß in Widerspruch stehenden Gründen abgewiesen. Die Mehrzahl der Gesellen wird in zu niedrigen Klassen angemeldet, was sie in den meisten Fällen erst im Erkrankungsfall zu wissen bekommen. Oester krank werdende Kollegen haben keine Arbeit mehr erhalten, was um so leichter zu machen geht, als Rentant und Stellenvermittler eine Person sind. Auf dem Arbeitsnachweis der Innung verlangt man das Germaniabuch und macht die Eintragung in die Arbeitssuchendenliste davon abhängig, was ebenfalls ungeschiedlich ist. Es zeigt sich hier so recht, daß die ganze Innungsstrafentasse lediglich dem Zweck dienen, einerseits den sozialpolitisch rückständigen Bäckermeistern die Möglichkeit zu geben, mindestens sehr niedrige Beiträge zu leisten, andererseits daß die Innungen auf Kosten der Krankentasse billige und willige Arbeitskräfte beschäftigen können. Das einmal der christliche Gesellenausschuß oder christliche Krankentassenvorstand gegen diese Mißstände Front gemacht hätte, davon hat man bis heute noch nichts gehört. Der in der Versammlung anwesende Vorsitzende des christlichen Verbandes sagte, daß es ihnen nicht möglich sei, gegen diese Mißstände und Ungerechtigkeiten in der Krankentasse und Stellenvermittlung einzuschreiten, weil sie gar keinen Einfluß im Vorstand hätten. Sie könnten nur versuchen, im „Guten“ etwas zu erreichen, aber bis jetzt hätten sie noch keinen Erfolg damit gehabt. Auf die Unfähigkeit und Ohnmacht des christlichen Nahrungsmittelverbändchens, die sich besonders beim Streit in der Brotfabrik „Gansa“ gezeigt habe, aufmerksam gemacht, erklärte er, das wäre eine ganz besondere Taktik und die würde er nicht verraten. Er machte noch bekannt, daß sie — der christliche Verband — in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung einberufen werden, und dazu lade er alle Anwesenden ein. Einer Anfrage, ob in der Versammlung Redefreiheit gewährt würde, ging der „mutige“ Herr dadurch aus dem Wege, daß er das Lokal verließ. In seinem Schlusswort forderte der Referent die Kollegen auf, sich dem Verbands der Bäder und Konditoren anzuschließen; denn diese Organisation habe bis jetzt bewiesen, daß sie imstande sei, die Interessen der Kollegen zu vertreten. Mehrere Kollegen schlossen sich dem Verbands an.

Darmstadt. Am 14. Oktober tagte hier im Restaurant „Zur Stadt Rungstadt“ eine öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Der Kampf der Gehilfenschaft um ihre Existenz und welchen Einfluß übt die jetzige Umwälzung auf unser Gewerbe aus? Referent Gauleiter Gagner. 2. Freie Diskussion. Die Versammlung war nur von 40 Kollegen besucht, welche aber die Ausführungen des Referenten mit sichtlichem Interesse verfolgten. Am Schlusse seines fesselnden Referats forderte Gagner die Anwesenden auf, einzig zu sein, damit wir in Darmstadt auch unsere schlechte Lage verbessern können. Kollege Wieth nahm dann noch das Wort und wies auf die Darmstädter Verhältnisse hin. Ein Beweis, daß wir ohne Kampf nichts erringen können, bietet sich in der Forderung der Gelben, 10 pzt. Lohnerhöhung für sämtliche Gehilfen und 25 pzt. Frühstücksgeld, was von der Innung glänzend abgemiesen wurde. In seinem Schlusswort sprach Kollege Gagner noch einiges über den gelben Bund und forderte die noch fernstehenden energisch auf, nicht den Saal zu verlassen, ohne sich unserer Organisation angeschlossen zu haben. Den Mitgliedern gab er die Weisung mit auf den Weg, tüchtig weiter zu agitieren. Mehrere neue Mitglieder wurden gemonnen.

Görlitz. Die öffentliche Versammlung am 15. Oktober, in welcher Kollege Liescher referierte, war schwach besucht. Den Görlitzer Bäckergehilfen geht es eben so gut.

In einer am 10. Oktober abgehaltenen Versammlung war beschlossen worden, am 7. November im Hotel „Belvedere“ ein Herbstfest zu veranstalten, zu welchem alle Kollegen eingeladen werden.

Kempten. Das innige Verhältnis und die Harmonie zwischen den hiesigen Bäckermeistern und ihren Gehilfen ist sprichwörtlich geworden. Die hiesigen Lokalblätter können nicht umhin, dieses Verhältnis bei den diversen Festlichkeiten, bei Bäderfränzchen, Fahnenweihen usw. lobend zu erwähnen und als vorbildlich hinzustellen. In Wirklichkeit liegt nun aber die Sache sehr viel anders; weder die Behandlung noch die sonstigen Arbeitsbedingungen sind derartig, daß sie zufriedenstellend genannt werden können. Ein besonders empfehlenswerter Gehilfenfreund ist der Bäckermeister Stetter. Der Herr Bäckermeister ist ein sehr spekulativer Mann, und seiner rastlosen Tätigkeit ist es zu verdanken, daß das Geschäft die Mittel zu großen Vადereisen abwirft. Und das geht folgendermaßen: Die Arbeit, die bisher neun Bäderegehilfen gemacht haben, müssen jetzt acht machen, für die von diesen zu leistende Mehrarbeit wird den verheirateten wie den ledigen Gehilfen der Lohn gekürzt, den verheirateten wird mehr abgezogen als den ledigen, weil diese letzteren sonst davonlaufen, was bei den verheirateten nicht zu befürchten ist, diese müssen gute Miene zum bösen Spiel machen; denn sie haben Familie, dazu ist auch der Winter vor der Tür. Zu allem sind sie ohne Organisation den Meistern wehrlos ausgeliefert. Solche Vorkommnisse sollten den Gehilfen zu denken geben, sie sollten erkennen, wie es mit dem harmonischen Zusammenarbeiten zwischen Bäckermeistern und Bäderegehilfen bestellt ist. So harmonisch, daß die ersteren ein behagliches Leben führen können, während den Gehilfen das Notwendigste zum Leben genommen wird.

Magdeburg. Am 7. Oktober fand im „Bürgerhaus“ eine gut besuchte Versammlung der Bäderegehilfen statt. Gauleiter Riecher-Hamburg behandelte das Thema: „Die Unwahrscheinlichkeiten und die soziale Rückständigkeit unserer Gegner.“ An der Hand eines reichhaltigen Materials und langjähriger eigener Erfahrungen verstand es der Referent, den sozialen Entwicklungsgang des Berufs zu schildern. Er wies darauf hin, wie es früher hieß: „Der Bäderegehele muß im Hause des Meisters wohnen und essen, anders geht es gar nicht.“ Heute sehen wir in vielen Dutzenden von großen und kleinen Orten Tausende von Bäderegehilfen außer Kost und Logis, zu ihrem eignen und zum Nutzen des konsumierenden Publikums, weil mit der Beseitigung dieses Übels auch bald größere Reinlichkeit in die Werkstätten einzog. Die Forderung nach einem Ruhetag im Bäderegewerbe bezeichnete man früher gerabzu als Wahnsinn. Heute haben wir schon an 7000 Bäderegehilfen, die sich durch ihre Organisation einen solchen Ruhetag erkämpft haben. Auch hier in Magdeburg, wo ja die Lage der Bäder noch eine äußerst traurige ist, sei es die höchste Zeit, daß sich die Bäder regen, um soziale Fortschritte zu erzielen. Nach einer lebhaften Debatte, in der alle Redner dem Referenten zustimmten, traten wieder mehrere Gehilfen der Organisation als Mitkämpfer bei. Mit einer kühnen Aufforderung des Vorsitzenden, recht tüchtig weiter zu arbeiten für die Verbesserung untrer Berufsverhältnisse, wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Am 17. Oktober fand die Quartalsversammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht, den Kollege Mache gab, ist besonders hervorzuheben, daß sich die Mitgliedschaft auch im verflorenen Quartal kräftig entwickelt hat. Es sind 113 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Auch in Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse konnte für ungefähr 200 Mitglieder Nennenswertes erreicht werden. Wiederholt mußte von der Organisationsleitung bei ungerechtfertigten Entlassungen oder sonstigen Vorkommnissen im Arbeitsverhältnis eingegriffen werden, und fast immer war es möglich, zugunsten der Mitglieder zu wirken. Im Arbeitsnachweis waren eingetreten 35, davon konnten 31 Mitglieder in feste und Aushilfsstellen vermittelt werden. Unterstützung wurde gewährt an Arbeitslose, Kranke und auf der Reise befindliche, zusammen an 63 Mitglieder für 623 Tage A 586,55. Trotzdem das verflorene Vierteljahr in wirtschaftlicher Beziehung nicht ungünstig war, ist das Unterstützungskonto verhältnismäßig immer noch als sehr hoch zu bezeichnen. Die Versammlung erklärte sich mit dem Geschäfts- und Kassensbericht einverstanden. Das Thema: „Welchen Nutzen kann uns eine rege Betätigung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung bringen?“ behandelte Kollege Mache. Am Schlusse forderte er auf, sich rege an den demnächst stattfindenden Wahlen zu den verschiedenen Ortskrankenkassen zu beteiligen. Es wurde noch ein Antrag angenommen, wie alljährlich den ausgefallenen Arbeitslosen und Kranken sowie den beim Militär befindlichen ehemaligen Mitgliedern zu Weihnachten eine finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Mainz. Einen sonderbaren Wackstuhnkontrollleur haben sich die Mannheimer Bäckermeister zugelegt. Sie werden allerdings wissen, warum! Es ist der Herr Friedrich Sinn, T 2, rühmlichst bekannt durch seine bei der Bäderei und Gehilfenhilfe gelegene Schweinezüchtereier, welcher in die Kontrollkommission gewählt wurde. Vielleicht will derselbe feststellen, ob noch mehr Schweinezüchter inmitten der Stadt anzutreffen sind. Doch nur gemacht, wir wollen den Leuten den guten Willen, Remedium zu schaffen, wo es notwendig ist, nicht absprechen; denn bei dieser Kommission sind auch Gehilfen dabei; zwei Meister und ein Geselle gehen zusammen. Hoffentlich wird die Kontrolle der Schlafräume nicht vergessen, um festzustellen, wie viele den polizeilichen Anforderungen entsprechen, ob ein heizbarer Ofen vorhanden ist usw. Wir wissen zwar ohne weiteres, was von solchen Kontrollen, die meist schon lange vorher bekannt gemacht werden, zu erwarten ist, wünschten aber doch, daß das Ergebnis auch der Öffentlichkeit bekannt gemacht wird. Sollte das wider Erwarten nicht geschehen, so müssen wir annehmen, daß noch manches faul ist. Die Mitglieder des Gesellenauschusses werden jedoch nicht versäumen, das gesamte Material auch für sich in Anspruch zu nehmen, wogegen die Innung keine Bedenken hegen wird, wenn sie nicht befähigt will, daß die Gesellen nur als Staffage zugezogen werden. Doch unbekümmert um die ganze Kontrollerei, wird das Gros der Mannheimer Gehilfenschaft sich nicht irreführen lassen, sondern die Verbesserung der Lebenslage der Gehilfen selbst in die Hand nehmen; dafür birgt uns

unter anderm auch die am 17. Oktober im „Eisernen Kreuz“ stattgefundene Versammlung, in welcher Kollege Gagner referierte. Untrer Kollegen haben da gezeigt, daß sie auch einen Sonntag zu opfern verstehen, wenn es gilt, ihre Interessen zu wahren. Sehen wir auch ferner unsere ganze Kraft ein, die jungen Kollegen, die das Ideal untrer Bäderemeister sind, aufzuklären, wir wollen aber auch denjenigen, die die Erfolge mitgenießen, aber oft noch zu feig sind, an unsern Kämpfen sich zu beteiligen, das Charakterlose ihrer Handlungsweise vor Augen halten. Wenn jeder mit hilft, werden wir trotz aller scheinbaren Hindernisse weiter vorwärts schreiten!

Marktreiditz. Am 13. Oktober fand hier eine öffentliche Bädereversammlung statt, in der Gauleiter Lankes referierte. Er hob hervor, daß die Bäder immer viel zu gleichgültig wären und die Versammlungen unter allerlei Ausreden schmängelten. Er erinnerte ferner daran, daß von der Regierung immer bloß verlangt wird, zu zahlen, aber zu fordern hätten die Kollegen nichts. Das beweist die Petition, die wir an den Hohen Reichstag richteten. Davon, daß der sechsunddreißigtägige Ruhetag Gesetz werden soll, höre man nichts mehr. Um da gründlicher nachzusehen zu können, müsse eine noch stärkere Organisation geschaffen werden, und deshalb sollte auch kein Kollege mehr zögern, sondern sollte mitkämpfen und marschieren in den Reihen des Verbandes, der auch sonst in jeder Weise sorgen wird, daß bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden. Der Arbeiter soll aber nicht bloß arbeiten und schlafen, sondern soll auch nach Pünktigkeiten streben; durch die lange Arbeitszeit verkümmert sein Wissen und Denken. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und einige Mitglieder gewonnen. Kollegen von Marktreiditz, organisiert Euch endlich ohne Ausnahme! Auch diejenigen, welche immer noch hoffen, einmal selbständig zu werden, müssen endlich von ihrem Schlaf erwachen; es ist höchste Zeit, daß alle zur Einsicht kommen und dem Deutschen Bädere- und Konditorenverband beitreten.

Biersen. Am Montag, 18. Oktober, fand im Lokale des Herrn Schmidt eine Betriebsversammlung statt, in der Kollege Geshöld über die Wirkungen der neuen Steuern auf untrer Lohnverhältnisse sprach. An Hand reichhaltigen Materials zeigte Redner den Anwesenden, wie durch das verräterische Verhalten der Zentrumsgefellschaftsführer durch die indirekten Steuern die notwendigsten Bedarfsartikel immer mehr und mehr verteuert wurden, so daß die Teuerung in keinem Verhältnis zu den Löhnen stehe. Mit Hilfe dieser christlichen Gewerkschaftsführer, die sonst nicht genug den Mund voll nehmen können und stets von Arbeiterfreundlichkeit reden, wurden die notwendigsten Bedarfsartikel um das Doppelte, selbst um das Dreifache verteuert, so daß es heute manchem Arbeiter nicht möglich sei, besonders bei den in der Schokoladen- und Zuckermwarenindustrie bestehenden niedrigen Löhnen, ihre Familie ernähren zu können. Die Taktik dieser Zentrumsgefellschaftsführer gehe dahin, den Armen immer mehr und mehr den Lebensunterhalt zu erschweren und die Reichen von jeder Steuer zu verschonen. Bei dieser letzten Steuerbewilligung sei dieses so recht zum Ausdruck gekommen. Die Erbschaftsteuer, die erst diejenigen treffen sollte, welche A 20 000 und mehr ererben, wurde von diesen Zentrumschriften abgelehnt, während man alle Gebrauchsgegenstände, die besonders von der arbeitenden Klasse gebraucht würden, versteuert habe. Ohne alle Rücksicht auf die Arbeiter und Arbeiterinnen, nur mit dem festen Grundsatze beseelt, Millionäre und reiche Grundbesitzer zu schonen, haben diese Leute diese neuen Steuern gemacht. Tausende von Arbeiterfamilien wurden ihrer Existenz beraubt und sind gezwungen, Vaterhaus und ihre Heimat zu verlassen, um anderswo sich eine neue Existenz zu gründen. Diese selben christlichen Gewerkschaftsführer, die vor der Finanzreform erklärten, daß das Volk bereits so schwer mit Steuern belastet sei, daß man auf keinen Fall daran denken könne, weitere indirekte Steuern einzuführen, lehnten die Besitzsteuer ab und bewilligten rücksichtslos neue das Volk belastende Steuern und werden jetzt darauf dreifert, in der Presse und in den Versammlungen diese von ihnen zuerst selbst verworfenen Steuern denjenigen, die es glauben wollen, als notwendig und unabwendbar hinzustellen. Aus diesem Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer müssen die Kollegen und Kolleginnen die Lehre ziehen und sich von den sogenannten christlichen Gewerkschaften abwenden. Anstatt die Interessen der Arbeiter zu vertreten, übten diese christlichen „Arbeitervertreter“ bei jeder sich bietenden Gelegenheit nur Verrat an den Arbeiterinteressen, wie ja ihr ganzes Dasein nur den Zweck habe, die Arbeiterorganisationen im Interesse der Unternehmer zu zersplittern. Nur eine einheitliche, starke Arbeiterorganisation könne den Arbeitern nützen, das habe selbst der christliche Gewerkschaftsführer Giesberts ausgesprochen. Wollen die Kollegen und Kolleginnen ihre Lage verbessern, wollen sie die bei der Firma Kaiser bestehenden Mißstände beseitigen, so müssen sie sich dem Verband der Bäder und Konditoren anschließen. Es wäre dies die einzige Organisation, die imstande sei und das auch schon bewiesen habe, die Interessen der Kollegen und Kolleginnen zu vertreten. Der anwesende Beamte des Zentrums-Nahrungsmittel-Verbandes, Herr Wies, erklärte, gegen das Referat nichts einzuwenden zu wollen. Er wünschte auch, daß es ihm doch nicht möglich sei, die Anwesenden von seiner Idee zu überzeugen. Er empfahl sein Verbändchen als eine Organisation, die schon „sehr viel“ für die Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie geleistet habe. Wo und wann, dafür blieb er den Beweisen schuldig. In der weiteren Diskussion wurde Herrn Wies, dem seinen Gesichtsausdruck nach zu rechnen ganz mies zumute war, nachgewiesen, daß sein Verbändchen nicht einmal in der Lage sei, in einer einzigen Brotfabrik eine Lohnbewegung mit Erfolg durchzuführen. Das beweisen am besten die Streiks, die das Verbändchen in zwei Brotfabriken in Düsseldorf und Köln geführt habe. Dabei sei die ganze Ohnmacht des Zentrumsverbändchens zum Ausdruck gekommen. In seinem Schlußwort forderte Geshöld die Kollegen auf, das hier Gehörte in die Reihen der Kollegen und Kolleginnen weiterzutragen. Jeder solle seinen Mann in der Agitation stellen, und bei dem guten Geiste, der besonders unter den Mitgliedern besteht, glaube er die Zeit nicht mehr allzu fern, wo die Mehrzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Kaiser den Weg zu der Organisation gefunden haben werde, die wirklich ihre Interessen vertritt, d. h. zum deutschen Bädere- und Konditorenverband. Dann wird es auch möglich sein, die

Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Firma Kaiser so zu gestalten, daß es den dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen vergönnt ist, als freie Männer und Frauen zu leben.

Leiz. Die Quartalsversammlung konnte wieder einigermaßen einen guten Besuch verzeichnen. Auch die Kollegen der Konditorensektion haben sich an der wichtigen Versammlung recht zahlreich beteiligt; hoffentlich ist die Gleichgültigkeit gegen die Verbandsveranstaltungen nunmehr aus ihren Reihen verbannt. Kollege Ott eröffnete die Versammlung präzise 3/4 Uhr mit einer reichhaltigen Tagesordnung. An seinen Bericht vom Bezirkstag schloß sich eine sehr lebhaft debattierte, weil sich der zweite Vorsitzende auf den Standpunkt stellte, daß der Bezirkstag hätte vermieden werden können. Durch einen Antrag seitens des Kollegen Ott wurde eine Verständigung herbeigeführt. Kollege Stähler beantragte, eine zweite Rate für die Schweden in Höhe von A 10 zu bewilligen. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Die Sektionsversammlungen der Bäder finden nicht mehr im „Franziskanerkeller“ statt. Die nächste Versammlung wird bei G. Wundtrach, Leipzigerstraße, um 8 Uhr, abgehalten.

Betriebsunfälle.

Arbeiterisiko. Im Betriebe der Firma Staudigel, Zuckermwarenfabrik, Dresden, verunglückte der Kollege Cotte dadurch, daß er mit der rechten Hand in einen Melangeur geriet. Sämtliche Finger wurden zerquetscht, der Arm gebrochen und die Haut heruntergerissen. C. soll nach der ihm entfallenen Spachtel gegriffen und dadurch das Unglück verschuldet haben. Ob diese Darstellung die Ursache des Unglücks richtig wiedergibt, konnten wir bisher nicht feststellen.

Sozialpolitisches.

Die Berufsgefenschaften und die Reichsversicherungsordnung. Ueber den Entwurf der Reichsversicherungsordnung verberieten sich nach einem Bericht der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ auf dem Berufsgefenschaftstag, der in Stuttgart am 19. Oktober abgehalten wurde, ausführlich die Herren Rechtsanwalt Dr. Witter, Hamburg, Syndikus des Verbandes deutscher Berufsgefenschaften (juristische Vorzüge und Nachteile des Entwurfs), Direktor Meesmann-Mainz (Reichsversicherungsordnung und bisherige Kritik), Justizrat Dr. Reiser-Breslau (Rücken der Reichsversicherungsordnung). Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Berufsgefenschaftstag stellt mit Befriedigung fest, daß die von Seiten der andern Versicherungsträger, der großen wirtschaftlichen Verbände für Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Industrie, von Vertretern der Wissenschaft und von Sozialpolitikern an dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung geübte Kritik eine weitgehende Uebereinstimmung mit den Grundfäden aufweist, die der außerordentliche Berufsgefenschaftstag vom 26. Mai 1909 in seiner damals einstimmig angenommenen Erklärung wiederholt hat. Er gibt nunmehr der Erwartung Ausdruck, daß die Reichsregierung den genannten Gesetzentwurf unter Berücksichtigung dieser Stellungnahme einer gründlichen Umarbeitung unterziehen wird, insbesondere in der Richtung, daß die Selbstverwaltung der Berufsgefenschaften im vollen Umfange gesichert bleibt, und daß von einem neuen, kostspieligen Beamtensapparat Abstand genommen wird.“

Die Berufsgefenschaften wehren sich mit Händen und Füßen gegen jede kleine Beschränkung ihrer Selbstverwaltungsrechte. Mit Recht! Dieselben Herren haben aber meist nichts dagegen einzuwenden, daß die Reichsversicherungsordnung die Selbstverwaltungsrechte der in Krankenkassen Versicherten auf den Nullpunkt herunterdrücken will!

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Kampf in Schweden. Nach Mitteilungen aus Stockholm standen am letzten Sonnabend, wie das „Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands“ berichtet, noch zwischen 40 000 und 50 000 Arbeiter im Kampfe. Davon sind 35 000 direkt am Kampfe beteiligt, also ausgesperrt, die übrigen sind infolge der Nachwehen arbeitslos oder gemäßigelt.

Die Taktik der Gewerkschaften, eine möglichst große Anzahl der Kampfbenden wieder in Arbeit zu bringen, um die Verbleibenden unterstützen zu können, ist demnach von Erfolg gewesen. Die wichtigsten Punkte der Unternehmerstrategie sind nach wie vor besetzt geblieben. So die Eigenhütten, ein Teil der Sägewerke Nordb Schwedens, einige wichtigere Textilfabriken, die nordschwedischen Eisengruben und die Kohलगruben in Schonen. Diese Unternehmungen versuchen nun mit allen Mitteln, Lockungen und Drohungen, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Sie fordern aber als Bedingung die Austrittserklärung aus der Landesorganisation der Gewerkschaften, erklären das aber nur für eine Formalität, damit sie die Betriebe wieder aufnehmen können, ohne mit den Beschlüssen der Unternehmer-Zentrale zu kollidieren. Die Arbeiter dieser Betriebe haben das abgelehnt, teilweise auch den betreffenden Unternehmern den Rat erteilt, doch ihrerseits aus der Unternehmerorganisation auszutreten. Damit würde das Hindernis für die Betriebsöffnung am schnellsten beseitigt. Herr v. Reizwiz behauptet in der „Arbeitgeber-Zeitung“, die Arbeiter hätten diese Forderung erhoben. Das ist eine glatte Erfindung, wohl aber fordern die Unternehmer den Austritt der Arbeiter aus ihrer Organisation als Bedingung für die Wiedereröffnung der Betriebe.

Soweit die Gewerkschaften bei der gegenwärtigen Lage kein Interesse an der weiteren Stilllegung der Betriebe hatten, stellten sie ihren Mitgliedern frei, diese formelle Erklärung abzugeben. Ausgenommen sind indes die oben genannten Industriegruppen bzw. einzelne Teile davon. Ebenfalls wird in der Konfektion der Kampf weitergeführt. Die Gewerkschaften sind fest entschlossen, unter keinen Umständen die Vertragsbedingungen der Unternehmer zu akzeptieren und dadurch ihre Organisationen auf lange Jahre zu binden. Gelingt es aber dem Arbeitgeberverein nicht, diese Bedingungen den Gewerkschaften aufzuzwingen,

dann ist seine große Aktion mit der Generalausperrung erfolglos geblieben.

Diese Tatsache muß augenblicklich um so schärfer hervorgehoben werden, als in der Unternehmerpresse die „Niederlage“ der Arbeiter gefeiert wird. Die Unternehmerpresse müßte damit warten, bis ihre schwebelnden Freunde den Sieg errungen hätten. Bevor sie nicht den Gewerkschaften die gewünschten Verträge aufgezwungen haben, hängt ihnen der „Sieg“ noch recht hoch. In diesem Kampfe sind die Arbeiter die Angegriffenen, die Unternehmer die Angreifer. Zum Siege der Angreifer gehört auf alle Fälle, daß sie ihr Kampfobjekt errungen haben.

Der allgemeine Kampf ist ohne ersichtliches Resultat beendet, der „Kleinriegel“ hat begonnen. Aber dieser Kleinriegel umfaßt immer noch rund 25 pSt. der organisierten Arbeiter des Landes. Ein gewaltiger Kampf also, der immer noch große Summen zur Unterstützung erfordert. Dänemark und Norwegen haben erneut beschlossen, die Unterstützungsaktion fortzusetzen. In England und Amerika hat man nunmehr begonnen, sich für den Kampf ein wenig mehr zu interessieren, und dieses Interesse ist durch Ueberführung von Geldbeträgen dokumentiert worden. Für Deutschland stellt selbst Herr v. Reizwitz fest, daß es der Kern der internationalen Arbeiter-solidarität sei.

Gegen streikende Bergarbeiter Maschinengewehre und Küraffiere! Im Revier Mansfeld sind wegen Maßregelung von 45 Mann, welche für die Organisation gewirkt haben und weil man den dortigen Arbeitern das Koalitionsrecht vorkommen ließ abstrich — selbst der Vertrag erklärte rund heraus, daß er es den Arbeitern nicht zugestehet — nach und nach über 9000 Mann in den Streik getrieben worden. Um die „Reichstreuer“ Streikbrecher zu schützen, hat nun Vater Staat schleunigst außer zwei Bataillionen Infanterie und einer Kompagnie der Maschinengewehrabteilung am 24. Oktober auch mehrere Eskadrons der Küraffiere aus Halberstadt nach Mansfeld gelegt, so daß die sonst so ruhige Gegend in ein wahres Kriegslager verwandelt worden ist. Die ganze dortige friedliche Bevölkerung ist empört über diese durch nichts gerechtfertigten Maßnahmen; hoffentlich vergißt sie aber nicht die Lehren, die ihr jetzt erteilt werden!

Streik in der Zuckerraffinerie Meher Sohn in Tangermünde a. d. E. Bei einem am 21. Oktober ausgebrochenen Streik in der Zucker-Raffinerie von Fr. Meher Sohn in Tangermünde a. d. E., der größten Zucker-Raffinerie Deutschlands, sind insgesamt 1700 Arbeiter und zwar aller Organisationen sowie auch unorganisierte Arbeiter beteiligt. Die Ursache des Streiks ist die Absicht der Fabrikleitung, zum Winter einen Lohnabzug bis zu 40 pSt. vorzunehmen. In Betracht kommt hauptsächlich der freie Fabrikarbeiterverband.

Der Streik in der Zellulosewarenfabrik von Gebrüder Wolff in Nürnberg, der zu bellagenden Vorgängen führte, ist am Mittwochabend durch Vermittlung des Fabrikinspektors, eines Vertreters der Regierung und des Gewerbegerichtsvorsitzenden beigelegt worden, und zwar mit gutem Erfolge für die Arbeiter. Die Firma versprach durch Unterschrift folgendes:

Nach Wiedereintritt der Arbeit werden die Altdrohne, deren Reduzierung den Grund vom Streik bildeten, auf Grund von Verhandlungen mit einer Arbeiterkommission geregelt. Jede Maßregelung ist ausgeschlossen; die Ausständigen werden wieder in Arbeit genommen. Die Zahl der Einzustellenden wird heute, Donnerstag, 21. Oktober, mit den Vertretern der Arbeiter festgestellt. Diese beginnen Montag die Arbeit, die übrigen werden so rasch als möglich, spätestens in drei bis vier Wochen, wieder eingestellt. Bei allen Neubestellungen sind in erster Linie Ausständigen, solange solche noch vorhanden, zu berücksichtigen. Die Firma wird, wenn in späteren Fällen Meinungsverschiedenheiten über Lohnfragen entstehen, mit den Vertretern der Organisation in Verbindung treten und verhandeln. Die Arbeiter erklären sich mit diesen Bedingungen einverstanden.

Beginn zentraler Verhandlungen im deutschen Baugewerbe. Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe teilt im „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ seinen Mitgliedern mit, daß die Konferenz der Bundesvorsitzenden als Verhandlungstag mit den Vorständen der Zentralverbände der Arbeitnehmer den 11. und eventuell auch den 12. November festgesetzt hat. Ein früherer Termin konnte nicht angesetzt werden, da sich die Zentralverbände erst für die erste Hälfte des November verhandlungsbereit erklärten.

Nach dem bestehenden Vertrage findet eine Kündigung des Vertrages nicht statt, und vier Monate vor seinem Ablauf haben die Verhandlungen über Fortsetzung oder Erneuerung zu beginnen. In den ersten zentralen Verhandlungen wird voraussichtlich nur über die Abänderungen des Vertragsmusters beraten werden, während den späteren örtlichen Verhandlungen die Beratung über Löhne und Arbeitszeit wohl vorbehalten bleiben wird.

Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte. Ein Werk, das vor kurzem zum Scheitern verurteilt zu sein schien, nämlich die Vereinigung der drei großen Transportarbeiterverbände der Seelente, Hafnarbeiter und Transportarbeiter zu einem einzigen kompakten Machtgebilde, hat am 19. Oktober eine starke Förderung erfahren. An diesem Tage sind in Hamburg die Delegierten der drei Zentralverbände zusammengetreten, um die dem endgültigen Zusammenstoß hinderlichen Differenzen zu beseitigen. Diese Bemühungen waren erfreulicherweise von Erfolg gekrönt. Die Kommission nahm einstimmig eine Erklärung an, die ganz dazu angeht, auch den letzten Stachel des Zwiespalts zu beseitigen. Die konkreten auf die Differenzen bezugnehmenden Punkte sind kurz diese: Die Minorität der Konferenz vom 25. März 1908 (die Transportarbeiter) erkennt an, daß die Beschlußfassung der Mehrheit dieser Konferenz (Hafnarbeiter und Seelente) völlig „legal“ gewesen sei.

Durch dieses lokale gegenseitige Entgegenkommen wird dem Zusammenschluß das schwerste Gegengewicht genommen. Anfangs Dezember wird nun in Hamburg eine Sitzung stattfinden, die weitere Schritte auf dem Wege zur Einheitsorganisation tun wird. Im Interesse des

kämpfenden Proletariats freuen wir uns des werdenden Gebildes; wir wünschen, daß alle Hoffnungen, die sich billigerweise an eine so große Organisation knüpfen lassen, erfüllt werden.

Der wegen der Differenzen aufgehobene Kartellvertrag wird nicht erneuert, doch sollen die darin niedergelegten gewerkschaftlichen Grundsätze für die beteiligte Organisation ohne weiteres Geltung haben.

Die Leistungen der Gewerkschaften. Im „Reichs-arbeitsblatt“ sind die Leistungen der Gewerkschaften aller Richtungen zusammengestellt und es ergeben sich folgende Zahlen: Es hatten Mitglieder im Jahre 1908 die

freien Gewerkschaften	1865506
christlichen Gewerkschaften	264519
Sirisch-Dunderschen Gewerkschaften	105558
Es zahlten aus im Jahre 1908 an Arbeitslosenunterstützung die	
freien Gewerkschaften	M. 8134388
christlichen Gewerkschaften	134453
Sirisch-Dunderschen Gewerkschaften	288068
Für Rechtschutz, sonstige Unterstützungen (Krankengeldzuschüsse, Invalidenunterstützung, Umzugskosten usw.) zahlten 1908 aus die	
freien Gewerkschaften	M. 20004767
christlichen Gewerkschaften	976393
Sirisch-Dunderschen Gewerkschaften	406318
Für Aussperrungs-, Streik- und Gemäßigtenunterstützung zahlten 1908 aus die	
freien Gewerkschaften	M. 6295662
christlichen Gewerkschaften	424992
Sirisch-Dunderschen Gewerkschaften	130340
Für Unterstützungen insgesamt verausgabten also in einem einzigen Jahre die	
freien Gewerkschaften	M. 34398817
christlichen Gewerkschaften	1535838
Sirisch-Dunderschen Gewerkschaften	824726

Zahlen reden, und diese amtliche Aufstellung sagt jedem denkenden Arbeiter ohne weiteres, daß er in den freien Gewerkschaften die zweckmäßigste Vertretung seiner Interessen gefunden hat.

Allgemeine Rundschau.

„Streikbrecher“ — ein Lob! Folgender Bescheid eines Hamburger Gerichts wird vom „Hamburger Echo“ veröffentlicht:

Amtsgericht Hamburg.
In Privatklagesachen . . . Privatklägers, gegen . . . Beschuldigten, beschließt das Amtsgericht durch den Amtsrichter . . . „Der Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens wird abgelehnt; der Kläger trägt die Kosten des Verfahrens. Gründe: Das Wort Streikbrecher ist keine Beleidigung. Es bedeutet einen Arbeitswilligen, einen Menschen, der arbeitet, statt zu streiken, das ist kein Vorwurf, sondern ein Lob.“
Hamburg, den . . .

Unter anständigen Arbeitern wird zwar nach wie vor ein Streikbrecher ein zu verachtender Verräter der Interessen seiner Kollegen sein, aber vom Standpunkte der Obrigkeit eines Staates aus, in welchem der Kapitalismus regiert, hat sicher das Hamburger Gericht einen ganz richtigen Entscheid getroffen.

„Es ist eine Lust, zu leben!“ soll irgend eines der vielen gekrönten Häupter Deutschlands nach den Reichstagswahlen im Jahre 1907 ausgerufen haben und es ist ohne weiteres zu glauben, daß manchem großen Herrn in Deutschland ein Stein vom vollen Wagen fiel, als damals die Mandatverluste der Sozialdemokratie verkündet wurden. Aber die große Freude über das Niederreiten der Vertreter des arbeitenden Volkes hielt nicht lange an. Wenn die Kolonialbegeisterung 1907 auch noch manchen Wähler verdrängt gemacht hatte, so wurde er durch den nachfolgenden frechen Uebermut der Regierungen wieder zurechtgerückt. Das bewiesen schon seither die Nachwahlen zum Reichstage, denen sich am 22. Oktober nun noch Coburg angeschlossen hat, wo der Sozialdemokrat Zietsch in der Stichwahl mit 7080 Stimmen gegen den national-liberalen Gegner, der 6646 Stimmen erhielt, glänzend siegte; ein Sieg, völlig aus eigener Kraft errungen, der jedenfalls Gewähr gibt, daß dieser Kreis nunmehr nach langen Stürmen endlich in unsern sichern Besitz übergegangen ist. Daß die Massen die große Gefahr, in welche sie die verderbliche Politik der Regierung gebracht hat, klarer erkennen, haben aber vor allem die am 21. Oktober stattgefundenen Landtagswahlen in Sachsen und Baden bewiesen. In Sachsen, wo man der Bevölkerung ein Pluralwahlrecht bescherte, das je nach Besitz, „Bildung“ und Alter dem einzelnen Wähler eine bis vier Stimmen zugefand, hat sich die Empörung über die Entrechtung und Bedrückung der großen Volksmassen in geradezu elementarer Weise Luft gemacht. Im ersten Wahlgange wurden trotz des Vierstimmrechts 15 Landtagsitze für die Sozialdemokratie erobert, die Konservativen erhielten 15, die Nationalliberalen 4. An 54 von den 57 noch stattzufindenden Stichwahlen ist außerdem die Partei der Arbeitererschaft beteiligt; zirta zehn davon bieten Aussicht auf Erfolg. Und in Baden sind seit der letzten Wahl unsere Stimmen von 50 000 auf 86 000 gestiegen; zehn Sitze wurden gleich im ersten Wahlgange behauptet und in 29 Kreisen, von denen gleichfalls mehrere aussichtsreich sind, stehen die Sozialdemokraten zur Stichwahl. Konservativen und Zentrum, die Schnapsbloddrücker, haben auch hier wieder eine empfindliche Niederlage erlitten. Das ist die Antwort des Volkes auf den Steuerraubzug!

Genossenschaftliches.

Unsern Genossenschaftstarif haben seit der letzten Veröffentlichung noch anerkannt: Konsumverein Behesten i. Thür., Konsumverein Martinroda, Konsumverein Ohrdruf, Konsumverein Weiskensfeld (schon seit 1. August anerkannt und irtümlich nicht mit veröffentlicht). Allgemeiner Konsumverein und Produktivgenossenschaft Kaiserslautern. Das sind nun insgesamt 111 tariffreie Vereine, welche zusammen 98 Bademeister und 1364 Bäcker beschäftigen.

Professor Adolf Wagner als Gewährwort der Konsumvereine. In Nr. 524 des „Berliner Tageblatt“ vom 15. Oktober finden wir einen Bericht über eine Versammlung des deutschen Frauenbundes in Berlin vom 13. Oktober, in der Herr Professor Adolf Wagner über „Steuerpflicht als politische Pflicht“ sprach. Uns interessiert aus dem Vortrage folgender Passus:

„Mit Recht werde nun geklagt, daß die Verteuerung weit über das Maß des Steuerzuschlages hinausgehe. Hier sollte das Publikum eingreifen und Widerstand leisten. Man gründe Konsumvereine!“ rief der Redner aus, „um die schamlose Ausbeutung des Publikums, die besonders von den Brauereien und Wirten versucht werde, zu verhindern.“ Energetisch forderte Professor Wagner auch die Einführung der Pfennigrechnung, dann würde die Steigerung auf ein rechtes Maß zurückgeführt werden. Für die Frau erwachse hier die Hauptaufgabe, sie solle den Mann in diesem Kampfe unterstützen.“

Damit können wir schon einverstanden sein; allerdings mit der einen Einschränkung, daß das Gründen von Konsumvereinen überflüssig ist. Die Konsumenten brauchen sich nur den bestehenden Konsumvereinen anzuschließen, wenn sie die schamlose Ausbeutung bekämpfen wollen.

Aus christlicher und gelber Werkstatt.

Wischnöbki in Gera. Am 13. Oktober ist uns hier das erstmal die Ehre zuteil geworden, Wischnöbki zu hören; in einer Versammlung trante er seine komischen geschichtlichen Kenntnisse aus, während ihn die Zukunft weniger zu interessieren schien. Die Konsumvereine im allgemeinen, im besonderen die angeblichen Magdeburger Verhältnisse, die Broschüre von Bebel, Geldstrafen unserer Verbandsbeamten usw., alles dies wußte er in bunter Reihenfolge und in bekannter Manier der Versammlung vorzuschwafeln. Nur kein Wort über Mittel und Wege, die Lage der Kollegen zu verbessern! In der Diskussion ergriff zunächst Kollege Vennetold das Wort, dem es ein leichtes war, die gehörten Mäpchen zu widerlegen; er nahm dabei auch die Handlungsweise der hiesigen Innung scharf unter die Lupe. Nach kurzer Redezeit konnte es der Obermeister nicht mehr über sich ergehen lassen und er kam auf die glückliche Idee, trotzdem freie Diskussion zugesichert war, zu beantragen, nur 10 Minuten Redezeit zu gewähren, was denn auch angenommen wurde. Es wurde aber noch gesagt, W. habe auf dem Verbandstage in Hannover wie ein Hund herumgetrocknet und demütig das genommen, was ihm geboten worden sei. Steger und Stahn wiefen auf das frühere Verhältnis zwischen der Innung und der Organisation hin und bezeichneten den Obermeister als Diplomat, der seinen Mantel dort hinhänge, wo der stärkste Wind wehe. Im Schlußwort versuchte W., die Ausführungen der Diskussionsredner zu widerlegen; Vennetold nannte er den Mann mit dem schwarzen Herzen. In zwei Jahren würde gewiß der Verband nicht mehr als die wahre Interessenvertretung der Kollegen bezeichnet werden können. Steger sei völlig unfähig, in der Öffentlichkeit aufzutreten. (Weil er sein Geschwafel mit Schwindel und Mäpchen bezeichnet hatte.) Auch das schon oft gestellte Theater mit dem Mitgliedsbuche unserer Organisation führte W. wieder auf.

Die Geraer Kollegen sind mit feinem Besuche völlig zufrieden und wünschen ein baldiges Wiedersehen.

Wischnöbki in Altenburg. Am 16. Oktober fand hier eine vom gelben Bund einberufene Versammlung statt. Der Chemnitzer Bericht in letzter Nummer erseht voll und ganz den unsrigen. Nur eins wollen wir den Kollegen nicht vorenthalten. Prophet Wischnöbki weisagte: Es werde die Zeit kommen, wo der D-Bug (damit ist der Bund gemeint) über den Strohhalm (damit ist der Verband gemeint) hinweglaufen werde. Kollege Fiß-Leipzig meinte in der Diskussion trocken, daß dem gelben D-Bug schon jetzt der Dampf ausgegangen wäre.

Literarisches.

„Süddeutscher Postillon“. Der in München erscheinende „Postillon“, das bekannte sozialdemokratische Wigblatt, welches seither vom Genossen W. Ernst herausgegeben wurde, geht in Parteibeiz über und wird von der Verlagsanstalt und Buchdruckerei Paul Singer in Stuttgart in Verlag genommen. Die Uebernahme erfolgt am 4. November. Die letzte Nummer (Nr. 23) erscheint am 3. November im Verlag des Herrn W. Ernst in München; die darauffolgende Nummer 24 wird in Stuttgart herausgegeben werden.

Arbeiter-Notiz-Kalender. Dieser allgemein beliebte Taschenkalender für das Jahr 1910 ist zur Ausgabe gelangt. Jahr für Jahr erntet sich der Arbeiter-Notizkalender neue Freunde, was bei der Reichhaltigkeit des Inhalts auch nur selbstverständlich erscheint, und ist auch diesmal mit einer guten Aufnahme in den Kreisen der Parteigenossen zu rechnen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Stimmengahl der einzelnen Parteien bei der letzten Wahl und Stärke der Fraktionen. — Biographische Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Die bürgerlichen Parteien Deutschlands. — Aus den sozialdemokratischen Organisationen. — Preissteigerung und Arbeitslohn. — Was die Berufsählung lehrt. — Sozialdemokratische und Gewerkschaftspresse. — Die Gewerkschaften Deutschlands. — Internationale Streik- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. — Adressen der Arbeitersekretariate und der Vorstände der Zentralverbände. — Adressen der deutschen sozialdemokratischen Vereine im Auslande. — Die deutschen Gewerbe-Inspektoren. — Kalendarium und Geschichtskalender. — Portotage. — Vielfältiges Adressenmaterial. — Außerdem enthält der Kalender ein Bebelporträt sowie die Porträts der in den Nachwahlen gewählten Genossen Vinder, Huber und Schöpflin. — Der Preis der Kalender ist auf 50 $\frac{1}{2}$ herabgesetzt, womit der Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, einem oft geäußerten Wunsch der Genossen entspricht. Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungsbedeure und Parteibuchhandlungen.